

Originalbeiträge aus den Panels ¹

Panel I: Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort

Mary Hanlon, John Hanley,
City of Dublin, Irland

Developing policies and strategies to address the needs of Children and Young People in Disadvantaged Neighbourhoods

Dublin City Council, like all local authorities, is engaged in a huge variety of work (in fact over 500 functions), much of which now, while complementing and enhancing traditional activities, represents a significant departure from these. This has required a huge change in both mindset and vision.

Dublin is one of the fastest growing regions in Europe. It covers an area of 11,500 hectares and within the city boundaries has a population of over 500,000. It is a prosperous city and is changing rapidly to cope with the pressures of constant and rapid growth and development. Despite this prosperity Dublin has 15 of the 88 national black spots with unemployment rates of up to 24% resulting in people and families in the city being caught in a cycle of unemployment and disadvantage. It has become a multi-cultural city with a multiplicity of new emerging communities mainly from Africa and Eastern Europe. This presents a huge challenge at all levels of Irish society, as immigration is a relatively new phenomenon.

The City of Dublin has a wide range of youth services that provide a wide array of opportunities for young people, with Dublin City Council being one of the major providers of youth services in the city. The Council works closely with a range of partners to deliver a quality service for youth across the city; experience has demonstrated that such a partnership and integrated approach is crucial to quality youth service provision. The current Youth Strategy under development aims to strengthen our existing partnerships: and promote a greater level of co-ordination and integrated planning with our young people, community, voluntary and business partners, all of whom have a vested interest in the young citizens of our city.

Dublin City Council, directly manage and resource a wide variety of facilities and services that afford young people a range of options for expression and active engagement at a social, physical, intellectual and emotional level. It is

through the Community Section with its wide range of youth services provided by professional youth and community workers, community and youth centres, playgroup support, summer projects and activities and the provision of recreational infrastructure (Swimming pools, sports and recreation centres, playgrounds), cultural and informal educational activities through libraries and art programs etc. that a holistic and inclusive experience can be had by all young people regardless of age, gender, ability or ethnicity.

Joachim Barloschky, Projektgruppe Tenever,
Amt für Soziale Dienste Bremen

Junge Menschen erobern Räume im internationalen Quartier Bremen – Tenever

Wir kommen aus Bremen, der Stadt, die sie vielleicht aus dem Märchen von den Bremer Stadtmusikanten kennen: laah, laah; wow wow, miau miau, Kikeriki, Kikeriki! Esel, Hund, Katze und Hahn bildeten die erste interkulturelle Selbsthilfegruppe, die sich solidarisch für ihre Interessen einsetzte und so auch die Räuber verjagte. Auch die Jugendlichen aus den benachteiligten Quartieren wissen: Geschenkt bekommt man nichts! Man muss sich für alles solidarisch engagieren! Man muss sich seine (Frei-) Räume erobern und aneignen. Mit diesen Stadtmusikanten-Erfahrungen haben wir letzte Woche auch unseren Bürgermeister Jens Böhrnsen konfrontiert. Da ihm der soziale Zusammenhalt in den Städten sehr wichtig ist, soll ich diese Konferenz herzlich grüßen und seine Solidarität mit den Brennpunkten bekunden. Ich berichte Ihnen nun von den Jugendlichen aus Bremen-Tenever, ihrem Engagement, ihren Sorgen und auch ihren Freuden und Erfolgen.

Tenever ist eine am äußersten Stadtrand Bremens gelegene Hochhaussiedlung; ein sozialer Brennpunkt mit einem schlechten Image. Wenngleich man sagen kann: das Leben ist besser als der Ruf (Image)! Aber nun machen Sie sich keine Sorgen. In Tenever sind wir so wie überall auf der Welt, wie in Mulhouse, Dublin oder Palermo oder wo auch immer: wir lachen und weinen, wir lieben und hassen, wir hoffen und verzweifeln, sind apathisch oder voller Power – wir sind wie Sie.

Aber wir haben fünf Besonderheiten:

1. Tenever ist hoch: Tenever ist eine Hochhaussiedlung der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts. Das ist für Bremen untypisch. 5.000 Menschen (im ganzen Ortsteil 11.000) leben in diesen Sozialwohnungen. Und auch wenn die Architekten und Planer „Urbanität durch

1) Die Power Point Präsentationen finden Sie auf der Webseite: <http://www.berlinprocess.eu/de>

Dichte“ versprochen, so kann man heute feststellen, dass diese Trabantenstadt eine städtebauliche Sünde war/ist. Oder wie der Dichter Christian Morgenstern sagt „Der Architekt jedoch entfloh nach Afri- oder Americo“ Die Häuser gehör(t)en Immobiliengesellschaften – und die haben „Monopoly“ gespielt. Ganze Straßenzüge wurden gekauft und verkauft und gekauft und wieder verkauft: Es ging immer um Gewinne – und die Bewohner hatten darunter zu leiden, dass die Wohnungsunternehmen zum Teil kein besonderes „bürgerschaftliches Engagement“ zeigten. Sie vernachlässigten die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, Modernisierungen und Wohnumfeldverbesserungen. Glücklicherweise hat die Stadt Bremen unterstützt durch bürgerschaftliches Engagement vor Ort vor vier Jahren eine Korrektur eingeleitet. Durch Kauf der meisten Gebäude wurde eine städtebauliche Sanierung des Quartiers eingeleitet, die Rückbau und Modernisierung der Blöcke vorsieht. Und die Bewohner sind aktiv beteiligt.

2. Tenever ist jung: Es ist eines der kinderreichsten Quartiere in Bremen, 1/3 der Bewohner/innen ist unter 18 Jahren – und das in einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft. Hier wächst ein Teil der Zukunft Bremens heran – und der Sozialversicherungssysteme. Nur leider haben Kinder in unserer Gesellschaft nicht solch eine Lobby wie Investoren.

3. Tenever ist international: Hier haben Menschen aus 80 Ländern der Welt ihre Heimat gefunden. 40 % sind Ausländer (bei den Kindern und Jugendlichen ist der Anteil noch höher), ca. 25 % sind Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten; also: Zwei Drittel der Bewohner/innen haben einen Migrationshintergrund. Es gibt ein gewöhntes internationales (Nebeneinander-) Leben; und immer mehr auch, bei den Kindern selbstverständlich, wunderbares Zusammenleben. Trotzdem verlangt diese – in einer globalisierten Welt zukunftssträchtige – Internationalität eine erhebliche Integrationsleistung: Fremdheit zwischen den Kulturen muss abgebaut, die Integration (Sprache, Arbeit, Rechte) gefördert werden.

In direktem Zusammenhang mit den erst genannten Besonderheiten (hoch, jung, international) sehe ich die 4. Besonderheit Tenevers (und fast aller Großsiedlungen in (West)Deutschland): Tenever ist arm: Hier konzentrieren sich materiell und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Über 40% der Einwohner sind – bedingt durch Arbeitslosigkeit oder auch Krankheit – auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Bei uns verhungert niemand; wir haben (noch) einen aktiven Sozialstaat – aber am gesellschaftlichen

und kulturellen Reichtum unseres Landes haben Sozialhilfeempfänger und ALG II- Bezieher nur sehr bedingt Anteil. Und es ist eigentlich ein gesellschaftlicher Skandal, dass in diesem reichen Land mit zehntausenden Millionären Kinderarmut zunimmt. So leben in meiner Stadt Bremen 25,8% aller Kinder unterhalb der Armutsgrenze (bis zu 60% des Durchschnittseinkommens), in Tenever jedes zweite Kind. Und Langzeitarbeitslosigkeit / Armut hat dramatische Auswirkungen auf die menschlichen Lebensbedingungen (z.B. Gesundheit, Bildung). Zum Beispiel Gesundheit: Arme Männer sterben über 7 Jahre eher als im Durchschnitt. Zum Beispiel Bildung: Die OECD-Studie PISA hat deutlich gemacht: Deutschland ist leider Weltmeister der sozialen Selektion bei den Bildungschancen, also auch dem späteren Lebensweg / Karriere. Wer aus einer Migrations- oder Arbeiter- / Arbeitslosenfamilie kommt, besucht deutlich seltener die höheren Schulen oder gar Universitäten.

Vor diesem Hintergrund der Spaltung der Städte hatte der große deutsche Dichter Bertolt Brecht bereits vor 75 Jahren formuliert:

Die große Decke

Der Gouverneur, von mir befragt, was nötig wäre

Den Frierenden in unsrer Stadt zu helfen

Antwortete: Eine Decke, zehntausend Fuß lang

Die die ganzen Vorstädte einfach zudeckt.

Ich bin froh und stolz, dass in meiner Stadt Bremen die Probleme der Vorstädte wie Tenever nicht einfach „zudeckt“, nicht ignoriert werden. Als langjähriger Bewohner Tenevers und Quartiersmanager des Amtes für Soziale Dienste leite ich ein ressortübergreifendes Quartiersmanagement-Team, das sich diesen Herausforderungen stellt. Und damit bin ich auch schon bei der 5. Besonderheit Tenevers: Tenever ist engagiert und vernetzt: Der Bremer Senat hat ein Programm aller sieben Ressorts aufgelegt für die benachteiligten Quartiere / Ortsteile: WiN – Wohnen in Nachbarschaften. Dieses Programm wird noch ergänzt um das bundesweite Investitionsprogramm „Soziale Stadt“ für Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf und das europäisch finanzierte Programm LOS – Lokales Kapital für Soziale Zwecke.

Das Programm WiN ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik der Stadtgemeinde Bremen. Das Programm Wohnen in Nachbarschaften ist Antwort auf:

- die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich (und die damit einhergehenden Segregationsprozesse),

- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der nicht nur städtebaulichen Korrekturen in den benachteiligten Gebieten,
- die wachsende Distanz zwischen Politik / Verwaltungsprofis und dem realen Leben und Stimmungen in der Bevölkerung,
- den wachsenden Bedarf nach Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement.

Herauskristallisiert hat sich in nunmehr fünfjähriger Praxis (mit dem Vorläufermodell „Nachbesserung von Großsiedlungen“: 15 Jahre), dass dezentrale Ressourcenverteilung und neue Formen des Bürgerengagements möglich und sinnvoll, ja erfolgreich sind. Der Bremer Senat hat dieses Programm für den Zeitraum 1999-2004 aufgelegt, um 10 benachteiligten Quartieren und ihren Bewohnern eine Verbesserung ihrer Lebens-, Wohn- und Alltagssituation zu ermöglichen. Das Programm wird wegen seines Erfolges trotz der großen Haushaltsnotlage des Bundeslandes Bremen leicht modifiziert bis 2010 fortgesetzt. Für Tenever steht jährlich ein Budget von ca. 400.000 Euro (WiN, Soziale Stadt und LOS) zur Verfügung, über das die Akteure des Quartiers, also auch die Jugendlichen, nach dem Konsensprinzip selbst entscheiden. Es werden damit keine Regelaufgaben finanziert, sondern nur zusätzliche Verbesserungsprojekte. Denn die Finanzierung (zwischen 500 und 150.000 Euro) der Projekte erfolgt aus dem Quartiersbudget. Und darüber entscheidet die Stadtteilgruppe Tenever – und zwar im Konsens. Das heißt: Alle Beteiligten haben ein Veto-Recht. Wenn einer der Beteiligten, ein Vertreter der Verwaltung, des Parlaments, oder aber eben auch ein Bewohner sein Veto einlegt, dann wird das Geld nicht zur Verfügung gestellt.

Wir haben also die originären Rechte der Politik (Haushaltssouveränität), der Wohnungsgesellschaften (geschütztes Privateigentum), der Verwaltung (Gesetze, Verwaltungsvorschriften) ergänzt um das Veto-Recht der Hauptbetroffenen (bzw. Nutznießer) aller Maßnahmen, der Bewohner. Und es hat dann auch noch den Vorteil, dass die Projekte äußerst kostengünstig werden, denn niemand ist so sparsam wie die Bewohner.

Prinzipien:

- Das Programm ist ressortübergreifend.
 - Das Programm lebt von *public-private partnership*. Nach dem Prinzip der Grund- und Ergänzungsfinanzierung können WiN-Projekte mit bis zu 50% der Gesamtkosten gefördert werden, wenn die Grundfinanzierung sichergestellt ist. Hierdurch wird der Einsatz von Drittmitteln sowie die Mittelbündelung in hohem Maße befördert. Für
- Tenever hat eine Programmbilanz ergeben, dass ein Euro aus WiN-Förderung rund sechs Euro Drittmittel nach sich zieht.
- Alle Maßnahmen sollen zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen.
 - Bildung von Quartiersbudgets.
 - Die Mittel werden in erster Linie eingesetzt in folgenden Handlungsfeldern:
 1. Wohnungsbestand und Neubau (u.a. Wohnumfeldverbesserung)
 2. Städtebau (u.a. Verbesserung der Infrastruktur)
 3. Wirtschaftliche Effekte und Ökonomie (eine der wichtigsten Punkte für die Quartiere, aber bisher am schwierigsten und nur bei ganz wenigen Projekten realisiert)
 4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (bedeutsam für die Menschen in den Quartieren mit ihrem geringeren Qualifikationsniveau und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit; die meisten Maßnahmen allerdings im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes)
 5. Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (die meisten Projekte sind in diesem Bereich angesiedelt)
 6. Soziale und kulturelle Netzwerke / Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation
- Nun könnte man vermuten, dass die Ministerien, die Planer aus der Stadt ein ganzes Maßnahmenbündel zusammenstellen – und umsetzen. Aber die Bremer Verwaltung war so klug (die engagierte Bewohnerbewegung hatte das auch eingefordert) zu berücksichtigen, dass schließlich die Bewohner des Quartiers die Betroffenen aller Maßnahmen sind. Deshalb sollten sie entscheidende Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte erhalten. Die Bewohner/innen sind die Experten ihres Lebens und ihres Wohnquartiers. Und sie sind nicht Objekte der Verwaltung – sondern Subjekte mit eigenen Vorstellungen und Engagement. Dafür haben wir die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. Sie ist ein öffentliches Forum, das sich seit nunmehr 15 Jahren alle sechs Wochen (128 Sitzungen bis heute) trifft. Und zwar treffen sich alle, denen Tenever am Herzen liegt. Es treffen sich die, die hier leben, arbeiten oder Verantwortung für das Gemeinwesen haben:
- Interessierte Bürgerinnen und Bewohnergruppen und natürlich auch die Jugendlichen. Sie sind die Hauptakteure, die Experten ihres Lebensumfeldes.
 - Die Wohnungsgesellschaften – gilt doch die Wohnung als „dritte Haut“ des Menschen und ist von zentraler Bedeutung für Lebensqualität.

- Vertreter/innen der sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, der Kinder- und Jugendhilfe
- Die Gewerbetreibenden – in Tenever gibt es jedoch nur wenige Geschäfte und Ärzte sowie einige Imbisse, die alle unter der geringen Massenkaukraft und dem negativen Image des Quartiers leiden.
- Die Politik – Mitglieder des Kommunalparlaments (Beirat Osterholz) sowie zwei bis drei Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nehmen an den Sitzungen teil.
- Vertreter/innen der öffentlichen Verwaltung (Polizei, Stadtgrün, Stadtplanungsamt, Amt für Soziale Dienste, Bauressort).

Geschäftsführung dieser Stadtteilgruppe ist das Quartiersmanagement, das im Rahmen des „Aktivierenden Sozialstaats“ die Stadt Bremen vorhält. An diesen öffentlichen Sitzungen abends nehmen ca. 50 bis 100 Menschen teil, davon jeweils 40% bis 70% Bewohner. Was passiert auf diesen Sitzungen? Die ersten anderthalb Stunden findet der „Quartiersdiskurs“ statt. Das ist kein „professioneller“, gar wissenschaftlicher Diskurs, sondern das Leben selbst: Da geht es um die brennenden Probleme des Quartiers; Ideen, Anfragen, Forderungen, Wünsche, z. B. Drohende Schließung einer Stadtteilbibliothek, Dreck vor dem Hochhaus oder Ärger über zu hohe Mieten, Ärgernisse im Zusammenhang mit Alkohol / illegalen Drogen, Berichterstattung über das Quartier in den Medien. Oder Jugendliche kommen auf ihren Skates in die Sitzung gefahren und fordern eine Skateranlage ein, oder muslimische und deutsche Frauen und massenhaft Jugendliche setzen sich für ihre Halle für Bewegung ein. Jede und jeder, gerade die Bewohnerinnen und Bewohner können ansprechen, was sie bewegt, und die Ansprechpartner, z. B. die öffentliche Verwaltung oder die Wohnungsgesellschaft sitzen mit am Tisch. So werden schnelle Lösungen gefunden oder Argumente für andere Sichtweisen verdeutlicht oder es entwickeln sich sogar mittelfristige Projekte daraus. Und es entwickeln sich Stimmungen, ein gemeinsamer, generationenübergreifender Quartiersblick! Das Quartier bekommt über den Diskurs eine öffentliche, in der ganzen Stadt hörbare Stimme.

Im zweiten Teil der Stadtteilgruppensitzungen werden neue Verbesserungsprojekte für das Quartier vorgestellt, diskutiert und verändert – und Finanzmittel aus dem gemeinsamen Quartiersbudget zur Verfügung gestellt. Die Projekte werden, basierend auf dem Quartiersdiskurs, beantragt von Ämtern oder Wohnungsgesellschaften oder sozialen Vereinen oder Schulen oder eben Bewohner- und

auch Jugendgruppen. Allein in den letzten fünf Jahren wurden ca. 250 große oder kleine Projekte initiiert und auch beschlossen, z. B. ein Kinderbauernhof für diese kinderreichste Bontonsiedlung, Deutsch-/Analphabetenurse vor allem für Migranten, Ausbau des öffentlichen Hallenbades mit einem zusätzlichen Becken für Eltern mit kleinen Kindern, ein gemeinnütziges Internet-Cafe, die Renaturierung eines Baches durch Schulklassen, die Einrichtung einer Concierge in Hochhäusern mit mehr als 100 Wohneinheiten. Hier finden gerade ältere Arbeitslose eine sinnvolle, wohnortnahe Beschäftigung und erbringen Serviceleistungen für die Bewohner und stärken die objektive und subjektive Sicherheit. Weitere Projekte waren die Durchführung von Seniorentreffen, auf denen die Senioren ihre Anforderungen an das Wohnquartier benennen (z. B. Bau einer Ampel, um sicherer über die Straße zu kommen), Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Jugend, der Bau einer gläsernen Polizeiwache im Einkaufszentrum Tenevers mit ganz bevölkerungsnah arbeitenden Quartierspolizisten, die Schaffung eines Mütterzentrums und eines Frauengesundheitstreffpunktes, die Umgestaltung von Spielflächen für Kinder und Jugendliche, die Integration durch Sport, familienorientiertes Arbeiten in den Kindergärten, Unterstützung von Musikgruppen, Kulturvents und Feste u.s.w.

Voraussetzung all dieser Projekte ist eine aktive Bewohner- und Nutzerbeteiligung. Und vor allem setzen solche Projekte viel freiwilliges bürgerschaftliches Engagement frei. Und das ist ja auch ein Hauptziel des Programms WiN – Wohnen in Nachbarschaften: dass die Menschen sich für öffentliche Belange interessieren (nicht nur bei Wahlen alle vier Jahre), sich einmischen in ihr Gemeinwesen, (Selbst-)Verantwortung übernehmen, sich für ihre Interessen einsetzen. Und das gilt besonders für die Jugendlichen. Ihre Bedingungen in den sozialen Brennpunkten sind nicht einfach. Armut, Bildungsbenachteiligung, fehlende Schulabschlüsse etc. Es gibt nicht genügend Ausbildungsplätze, viele sind arbeitslos, keine Perspektiven, Zusammenleben in beengten Wohnverhältnissen, wenig Chancen eigenen Wohnraum zu erhalten unter Bedingungen der Arbeitslosigkeit / Armut, Gefahr des Abrutschens in Süchte oder (Klein-)Kriminalität. Hinzu kommt, dass Jugendliche häufig als „störend“ empfunden werden, ihre Kultur nicht verstanden wird etc. Umso bedeutender ist, dass ein Klima in unseren Quartieren entwickelt wird, das Jugendliche ernst nimmt, achtet, ihnen Entwicklung, Mitwirkung einräumt, ihnen Raum gibt.

Neben den staatlichen Regelleistungen mit

Kindergarten, Horten, mehr und mehr Ganztagschulen, Leistungen des Jugendamtes etc. ist besonders wichtig die Jugendförderung: Jugendzentren, Straßensozialarbeit (ganz wichtig!), Sportaktivitäten etc. Dass Jugendliche RÄUME haben, Treffpunkte drinnen und draußen, sozialen und politischen Raum, ihre Ideen, ihr Leben zu entfalten, Ansprechpartner, Ernstnehmer haben und keine Gummiwände. Und eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung aller Jugendarbeiter/innen Und Jugendeinrichtungen (AG Jugend).

Wie eroberten sich die Jugendlichen Tenevers ihre RÄUME? Indem sie sie einfordern, und auch „besetzen“. Natürlich gibt es draußen Treffpunkte, wo Jugendliche sich sammeln, austauschen. Und es gibt die Räume der Jugend in den drei Jugendzentren. Da unser Prinzip in Tenever ja Partizipation und Aktivierung ist, haben die Jugendlichen sowohl in den Jugendzentren Mitbestimmung als auch so genannte selbstgenutzte Räume in den Jugendzentren (mit Schlüsselgewalt). Darüber hinaus fordern Jugendliche vom Stadtteil ein, ihre Bedarfe abzudecken: Im Rahmen der Sanierung Tenevers wurde es notwendig, ein neues alkoholfreies Jugendcafé zu bauen. Die Einrichtung ist zurzeit in einer größeren Wohnung untergebracht, mit entsprechenden Störungen für die Nachbarn im Hochhaus. Die Jugendlichen haben auf Zukunftswerkstätten Raumbedarf und Verortung ihres neuen Domizils entwickelt. Sie haben sich eingesetzt mit Aktionen (symbolische Platzbesetzung, Aktion in politischen Ausschüssen, „Überlebensparty“) für die entsprechende Finanzierung – und die politische Bereitschaft, trotz Kürzungen im Jugendhaushalt dies auch durchzusetzen. Und im Frühling beginnen wir zu bauen. Ebenso wurde verfahren bei der Planung eines Jugendspielplatzes. Natürlich haben wir in Tenever, diesem kinderreichen Quartier, viele Spielplätze, von den Wohnungsunternehmen vorgehaltene Kleinkindspielplätze und zwei zentrale Spielflächen, die mit Bewohnerbeteiligung neu hergerichtet werden. Aber wir hatten bis vor kurzem noch keinen Spielplatz, der vor allem Kids zwischen 14-20 Jahren besonders anspricht.

Auf Zukunftswerkstätten am Wochenende und durch Jugendlichen-Befragungen und Begehungen wurden Ideen entwickelt, welche Outdoor-Bedingungen junge Menschen brauchen. Besondere Berücksichtigung fanden dabei auch die Wünsche von Mädchen (Nischen und Beleuchtung), die sonst manchmal Schwierigkeiten haben, sich in der Jugendszene durchzusetzen. Die Pläne wurden auf der Stadtteilgruppensitzung vorgestellt, korrigiert und beschlossen.

Einen zentralen Stellenwert für Jugendli-

che haben Sportaktivitäten. Etliche spielen im Verein – aber viele Familien können den Beitrag nicht aufbringen. Deshalb haben wir die Tenever-Liga geschaffen. Der Sport geht auf die Straße. Zweimal in der Woche spielen 25 international bunt zusammengesetzte Freizeit-Jugendmannschaften um den Tenever-Pokal. Sport, gemeinsames Fußballspielen wirkt sozial integrativ und präventiv. Auf dieser von den Jugendeinrichtungen getragenen Basis entwickelte sich der Fit-Point Tenever. Er ist eine Sport- und Jugendförderungseinrichtung, wo Jugendliche und Kinder an den Sport herangeführt werden.

Beim Fit-Point kann man umsonst Spielgeräte, Bälle, Schach etc. ausleihen und erhält Unterstützung für sportliche Belange. Wegen der großen Bedeutung des Sports wurde basisorientiert eine umfassende Bestands- und Bedarfsanalyse erstellt. Auf der Grundlage konnte der Stadtteil mit Hilfe des Programms Soziale Stadt und WiN Bolzplätze mit Jugendbeteiligung (nicht nur Planung, sondern auch praktische arbeitsame Umsetzung) schaffen und eine Halle für Bewegung als Attraktion Tenevers herrichten. Diese Halle ist nicht nur ein architektonisches Highlight, sondern schafft mit seiner integrierten Bewegungslandschaft eine Attraktion für die Kinder – zumal die Preise den Armutsbedingungen Tenevers entsprechen. Hier können Kinder- und Jugendgruppen fast kostenlos gemeinsam Sport treiben und finden in den Mitarbeitern auch Ansprechpartner für andere Sorgen. Allerdings ist der Kampf um die Bewirtschaftung der Halle sehr schwer. Denn obwohl eine gute Kooperation zwischen Sport, Jugendhilfe und Bildung die Verantwortung hat, gelingt es noch nicht, die erforderlichen Kosten für das Personal aufzubringen. Wie gut, dass das Programm WiN hier Überbrückungshilfe leistet.

Aber auch ohne Sozialarbeiter und bewährte Träger der Jugendhilfe erobern Jugendliche sich Räume, eignen sich ihr Quartier an, verändern es für ihre Bedürfnisse. So hat eine richtige Straßenbewegung von Jugendlichen sich ein Jahr lang intensiv bemüht, um einen Fitness-Raum (auch weil sie die teuren Fitness-Studios nicht bezahlen können). Ein echtes Beispiel für bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement gepaart mit Anschubfinanzierung und Kooperation mit einer Wohnungsgesellschaft, die Räume nur zu Betriebskostenbedingungen zur Verfügung stellte. Und die *Hoodworker* (aus dem amerikanischen „hood“: Ghetto, aber mit heimatlichem, positiven Beigeschmack; Kiez), eine Jugendinitiative, mischen sich in alle großen Stadtteilfragen ein, bringen ihre Meinung in der Stadtteilgruppe und auf Seminaren ein.

Überhaupt Druck machen: mit Unterschriften-sammlungen, Auftreten auf Stadtteilgruppensitzungen und die Bedarfe der Jugend einbringen und Selbstorganisation: So haben Aussiedler-Jugendliche z. B. einen Verein gegründet und mischen sich in die Gestaltung des Jugendzentrums und auch für die Interessenvertretung für die russischen Jugendlichen ein. Unter anderem brauchten sie dringend Nachhilfe in Russisch für Mathematik. Beeindruckt durch die Masse der versammelten Jugendlichen sowie die gute Begründung und unterstützt von der Stadtteilgruppe (auch mit Geld) wurden vom Amt für Soziale Dienste kurzfristig Mittel zugesagt und nach dem ersten Jahr eine Überführung dieses WiN-Projektes in Regelfinanzierung ermöglicht.

Räume erobern, das heißt auch, Resonanz finden im gesellschaftlichen Raum. Sich einmischen in die Zivilgesellschaft. Bestes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um einen Jugendlichen, der von Abschiebung bedroht war. Die Jugendlichen, seine Kumpels, konnten es nicht einsehen, dass er, als Zweijähriger mit seinen Eltern aus Libanon kommend, hier Asyl suchend, 16 Jahre hier groß wird, um dann abgeschoben zu werden. Sie schlossen sich zu einer Initiative zusammen, sammelten Unterschriften und gingen an die Öffentlichkeit. Es war ihre erste Pressekonferenz und es folgte eine Lektion in politischer Bildung: Was ist ein Beirat? Was ist ein Petitionsausschuss? Welchen Politiker muss man ansprechen? Nachdenken über Kirchenasyl, Auftritt in der Stadtteilgruppe. Sie haben dieses Thema zu einem öffentlichen gemacht und einen großen (Teil-)Erfolg errungen: Mahmoud kann zunächst ein weiteres Jahr hier bleiben und ist auch noch bei uns.

Fazit:

- Jugendliche wertschätzen und ernst nehmen.
- Interkulturell arbeiten, also auch interkulturelle Mitarbeiter-Teams bilden.
- Der Jugend Raum und Räume für Entwicklung geben.
- Eine gute soziale Infrastruktur sicherstellen – und an die Bedeutung kontinuierlicher Beziehungsarbeit zwischen Jugendlichen und Jugendarbeitern denken.
- Jedes Quartier und insbesondere die sozialen Brennpunkte brauchen „ihre Stadtteilgruppe“.
- Dezentrale Quartierbudgets sind motivierend, wenn Jugendliche auf die Vergabe Einfluss haben.
- Die Beteiligungsformen sollten jugendgemäß, nicht mittelschichtenpassend sein.
- Kampf um Ausbildungsplätze / Arbeit zwin-

gend notwendig. Allerdings mit den Quartiersmöglichkeiten kaum (z. B. LOS) beeinflussbar, außer durch Skandalisierung.

Denkt man an die Integrationsleistungen (für Kinder, Migranten etc.) solcher Quartiere wie Tenever für die Gesamtstadt, dann ist es richtig, dass die Gesamtstadt diesen Quartieren und ihren Bürger/innen mehr als die normale Unterstützung zukommen lässt.

*Elfa Spitzenberger, Gertraud Sobotka,
Stadt Linz, Österreich*

Zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

Am Beispiel Landeshauptstadt Linz, Gemeinwesenarbeit in der „Stadtteilarbeit Leben im Franckviertel“ und unserem Angebot für Lückekinder „*Sports Player*“ möchten wir anhand der in der letzten Konferenz erarbeiteten Aussagen unsere Arbeit präsentieren. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir praktisch ausführen, was in den letzten Jahren im Rahmen der Tagungen und Arbeitsgruppen bereits theoretisch formuliert wurde. Vieles was in den von Ihnen geführten Diskussionen ausgeführt wurde, können wir aus praktischer Erfahrung bestätigen. Wir möchten daher zu jedem in Panel IV ausformulierten Satz unsere Erfahrung einbringen und anschließend mit Beispielen untermalen.

Zuerst ein paar Daten von Linz und dem konkreten Stadtteil:

- Landeshauptstadt Linz, Oberösterreich:
- ca. 189.000 EW, davon ~ 32.700 Minderjährige
- Statistischer Bezirk Franckviertel:
- ca. 10.000 EW, davon ~ 1.600 Minderjährige
- Probleme in der Sprengelsozialarbeit – Einzelfallhilfe
- Viele akute Problematiken
- Wenig Ressourcen und Ausdauer der Familien zur Zusammenarbeit
- Niedriger Bildungsstandard
- Unbetreute Kinder auf der Straße
- Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit als Ergänzung der Einzelfallhilfe und zur Prävention, Träger: Stadt Linz

Gemeinwesenarbeit (GWA) beschäftigt sich mit einer Anzahl von Menschen, die durch Gemeinsamkeiten gesellschaftlich definiert sind - dem Gemeinwesen. GWA befasst sich mit komplexen, funktional oder räumlich abgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Das Arbeitsprinzip GWA integriert Methoden der Sozialarbeit, der Sozialforschung, des politischen Handelns wie

auch anderer Disziplinen (Empowerment, Netzwerk, Vermittlerrolle).

Der erste Satz aus Panel IV lautet: „Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen.“ Wir sagen aus Erfahrung dazu: Vielfältige Angebote sind erforderlich, um der Bevölkerung umfassende Beteiligung zu ermöglichen. Partizipation muss in der Lebenswelt der Menschen ansetzen; sie muss alle Altersstufen und alle Interessenslagen der örtlichen Bevölkerung einschließen bzw. ansprechen. Partizipation setzt Entwicklungsprozesse voraus. Diese gilt es auf den Weg zu bringen, zu begleiten und fortwährend zu fördern. Das erfordert kontinuierliche, mitunter viele Jahre dauernde Arbeit sowie Präsenz an Ort und Stelle. Man muss jene Themen aufgreifen, die die Menschen interessieren und Entwicklungsprozesse fördern. Vertrauen muss aufgebaut werden.

Die Stadtteilarbeit „Leben im Franckviertel“ leisten wir seit einigen Jahren. Dabei ist es unsere Aufgabe, die (sozialen) Vereine und Institutionen zu vernetzen, um eine kontinuierliche Plattform für die regionalen Themen im Stadtteil zu schaffen und die Angebote bedarfsgerecht zu gestalten. Die Bevölkerung erhält Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Anliegen und Ideen. Bestehende örtliche Vereine, aber auch lose Gruppen sowie einzelne Personen sollen bei ihrer Arbeit unterstützt werden. Es gilt, Anliegen aufzugreifen, gleiche Anliegen zusammenzubringen, Raum und Wissen bei der Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verbesserung der Lebensqualität für Familien. In diesem Stadtteil gibt es viele Kinder zwischen 9 und 13 Jahren. Dafür gibt es hingegen wenig passende Angebote. Dieses Problem wurde beispielsweise in einer unserer Arbeitsgruppen von Eltern und Netzwerkpartnern formuliert und anschließend im Rahmen der Gemeinwesenarbeit ein Projekt „Sports Player“ gestartet:

Sports Player ist ein aufsuchendes, mobiles Angebot für die Zielgruppe der 9-14jährigen Kinder im Franckviertel. Die Aufgabe der befassten Pädagogin, der so genannten Sports Playerin, ist es, Kindern sinnvolle, konstruktive Freizeitaktivitäten näher zu bringen und sie dabei ein Stück weit zu begleiten. Dafür ist es notwendig, die Interessen der Kinder im Stadtteil wahrzunehmen und zu vertreten, den Kindern bewährte Aktionsräume zu erhalten, sowie durch Kooperationen neuen Möglichkeiten zu erschließen. Durch die Arbeit mit Kindern in einem benachteiligten Stadtteil ergeben sich grundlegende, soziale Lerninhalte wie Kommunikation, Konfliktkultur, Integration und Akzeptanz von Regeln, um einige wichtige

herauszugreifen. Die Arbeit ist präventiv angelegt. Die Pädagogin beteiligt die Kinder an der Planung der Angebote. Diese Aktivität hat sich zu einem Kernthema entwickelt, womit die Sports Playerin ein kontinuierliches Angebot im Stadtteil geworden ist und die Pädagogin im Team der beiden Gemeinwesenarbeiter integriert wurde.

Andere Beispiele sind für die GWA typischer. Es handelt sich immer um Aktivitäten, die für die Situation des Stadtteils passen und die von den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgegriffen werden, wie die Wandzeitung: Im Rahmen der Umgestaltung des Lonstorferplatzes musste eine Baugrube ausgehoben werden. Ein naher Spielplatz wurde durch eine Plakatwand abgesichert. Der Eigentümer der Plakatwand, ein Linzer Werbeunternehmen, stellte über unser Ersuchen einen Teil der Werbefläche der Bevölkerung für eine Wandzeitung zur Verfügung. Erwachsene wie Kinder nützten sie einige Wochen lang, um ihre Vorstellungen vom Stadtteil aufzuzeichnen und aufzuschreiben. Das Bauvorhaben am Lohnstorferplatz ist ein Lehrbeispiel für Zusammenarbeit. Auf diesem Platz waren vor dem Umbau Kioske, die an Marktbeschicker vermietet worden waren. Ferner befinden sich dort (nach wie vor) eine Grünfläche und ein Spielplatz. Es gab daher unterschiedliche Interessen: Von Seiten des Bauvorhabens, von den Kioskbesckickern, den Stadtgärten, dem Amt für Jugend und Familie (in Bezug auf den Spielplatz) und den Nutzern der Grünflächen.

Es war unser erster Versuch der Kooperation, aus dem wir viel gelernt haben: Zwischen den einzelnen Interessengruppen muss jemand die Kommunikation im Bezug auf den Wissenstransport übernehmen. Es bedarf eines Entwicklungsprozesses, so dass alle Interessengruppen den positiven Effekt der Kooperation sehen können. Für die Ausgestaltung des Stadtteilbüros und die Wiedereröffnung des Volkshauses (Veranstaltungshaus) wurde eine Ausstellung „Wohnen im Franckviertel“ erarbeitet, in der ein historischer Abriss der Geschichte des Bauens und Wohnens im Stadtteil gegeben wird. Ziel des Projektes ist es, den Bewohner/innen des Viertels zu zeigen, dass sie in einem historisch interessanten Stadtteil leben, der trotz seines nicht gerade guten Rufs sehr wohl auch Lebensqualität zu bieten hat. Wir hoffen, solcher Art die Identifikation der Bewohnerschaft mit der eigenen Wohngegend fördern zu können und gleichzeitig das Stadtteilbüro bekannter zu machen.

„Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation.“ Teilhabe beginnt bei der Planung von Angeboten für Kinder und Ju-

gendliche. Diese muss einerseits flexibel und verlässlich auf die Wünsche der Kinder und Jugendlichen eingehen. Man muss sie dort abholen wo sie stehen, mit geeigneten Methoden, die sie verstehen und denen sie folgen können. Ziel ist es, die Wahrnehmungs- und Erfahrungswelt der Kinder zu erweitern, ihnen ihre eigenen Bedürfnisse bewusst machen. Für solche Vorhaben kooperieren wir meist mit bereits bestehenden Einrichtungen und Initiativen. Das Turnsaalprojekt der Sports Playerin ist ein Beispiel für die einfache Nutzung von Ressourcen im Stadtteil. Grundschul Kinder haben einen starken Bewegungsdrang, daher wurde gemeinsam mit den Kindern ein Programm gestaltet, bei dem der Turnsaal der Schule und die Geräte genutzt werden konnten. Der Effekt sollte neben Bewegung auch Spannungsabbau und soziales Lernen sein. Der Andrang war so groß und so betreuungsintensiv, dass Kinder auch abgewiesen werden mussten. Derzeit suchen wir Eltern, die bereit sind, die Veranstaltung mitzubetreuen. Dies ist erforderlich, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten.

Eine wichtige Kontaktstelle war für uns von Anfang an die Pfarre Don Bosco. Die Pfarre verfügt über eine gute Infrastruktur und Kontakte zu einem wesentlichen Teil der Bevölkerung. Es lag *a priori* in unserem wie auch im Interesse der Pfarre, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auszuweiten. In Folge gab und gibt es immer wieder gemeinsame Aktivitäten. Am Beginn unserer Zusammenarbeit stand ein Tischtenniskurs während der Semesterferien im Februar. Der Kurs war ein voller Erfolg und wird daher jedes Jahr weitergeführt. Ferner wurde gemeinsam eine Jugendgruppe mit albanischen Jugendlichen über ein Jahr lang geführt. Dies hat wesentlich zu deren Integration beigetragen.

Kernaktivitäten der Sports Playerin sind die Angebotsplanung gemeinsam mit den Kindern und der Nachmittag im Stadtteilbüro selbst. Die Kinder haben sich mit Begeisterung am Brot und Kekse backen beteiligt. Manchmal zu besonderen Gelegenheiten helfen auch Mütter mit. Zusätzlich zu den mit den Kindern geplanten Aktivitäten wird der „Kinderraum“ selbstständig von den Kindern genutzt. Er ist mit Spielen, Büchern, Comics, Mal- und Zeichenartikel ausgestattet. Der Bildungsbegriff beinhaltet nicht nur intellektuelle Bildung, sondern auch entwicklungsgemäßes selbst gesteuertes Lernen. Bildung ist unbestritten eine wichtige Voraussetzung für Partizipation und Demokratisierung, wie die nächste Aussage der letzten Tagung bestätigt.

„Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können,

benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten ggf. auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z. B. Telefon, Internet) und Mobilität“, und „Beteiligung muss altersgerecht ab dem Vorschulalter ermöglicht werden.“ Wir sind der Meinung, Demokratie muss in jedem Lebensbereich der Kinder ansetzen, um sie überhaupt zu befähigen, sich an solchen Prozessen zu beteiligen. Demokratie muss sozusagen von Kindesbeinen an gelernt werden in Familie, Kindertagesstätten und Schule. Über diese gesellschaftlichen Teilbereiche kann ferner Wissen vermittelt, Gemeinschaft und Integration gefördert werden. Dabei wollen wir weg von Defizitorientierung hin zur Ressourcenorientierung. Der Einsatz von (finanziellen) Ressourcen, die Kinder und Jugendliche zusätzlich benötigen, muss jedenfalls begleitet werden. Um Ressourcen im Stadtteil effizient zu nutzen, wurde die Sozialplattform gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss der (sozialen) Vereine und Institutionen im Stadtteil. Man trifft sich regelmäßig. Es werden Angebote abgesprochen und dem Bedarf angepasst. Ferner werden gemeinsame Problemstellungen besprochen und Lösungsansätze erarbeitet. Eine gemeinsame Stadtteilzeitung wird vier- bis fünfmal jährlich herausgegeben. Hier können sich auch Bewohner/innen als Redakteure betätigen. Bei den Sommeraktivitäten im Stadtteil, die der Magistrat an verschiedene Leistungsträger vergibt, stellen unsere Gemeinwesenarbeiter Kontakte zu Kindern und Eltern her. Die Gemeinwesenarbeiter sind immer wieder vor Ort. Im letzten Turnus erwiesen sich die Kontakte bei Konfliktlösungen als äußerst hilfreich.

Ein Projekt zur Förderung der sozialen Fähigkeiten für Kinder im Volksschulalter hielten viele Experten für notwendig. Im Rahmen ihrer Abschlussarbeit entwickelten Erlebnispädagogen ein zehntägiges Programm, das gemeinsam mit der Grundschule umgesetzt wurde. Einzelne Elternteile wurden an den Projekttagen einbezogen, das Abschlussfest fand mit den Eltern statt. Fortschritte im sozialen Lernen konnten von den Lehrkräften noch vor Ferienbeginn festgestellt werden.

„Beteiligung ist ein Lernprozess, und zwar nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit, sowie Politik.“ Unser Vorschlag wäre: Solche Projekte sind sinnvoller Weise „von oben“ einzurichten. Politik lässt sie erarbeiten und beschließt sodann eine Richtlinie, damit Kooperation langfristig gewährleistet ist. Ferner gilt es, die Vernetzung und Koordination von Behörden, Institutionen und (sozialen) Vereinen zu sichern. Ein gutes Beispiel für vernetztes Arbeiten, das die Be-

wohner/innen beim Artikulieren ihrer Anliegen unterstützt, ist die Bewohnerversammlung der Dr. Ernst Korefsiedlung. Die Bürger/innen der neu erbauten Wohnanlage formulierten gegenüber den Gemeinwesenarbeitern immer wieder verschiedene Anliegen. Zum Beispiel benutzen viele Verkehrsteilnehmer/innen eine Seitenstraße an der Wohnanlage, um (in hohem Tempo) eine Ampel zu umgehen. Man wollte daher eine Straße für Anlieger beantragen. Die Gemeinwesenarbeiter besprachen mit den Bürger/innen, an wen sie sich wenden können, wie das zu organisieren sei. Im Vorfeld wurde das konkrete Anliegen erarbeitet. Die zuständigen Kollegen des Planungsamtes wurden zur Versammlung eingeladen und fanden das Gespräch sehr konstruktiv. An günstigen Lösungsmöglichkeiten wird daher gemeinsam weiter gearbeitet.

Zusammenfassend können wir aus unseren Erfahrungen berichten, dass eine kontinuierliche Arbeit im Stadtteil für Familien und Kinder integrative Arbeit leistet, die sozialen Problemen vorbeugt. Um effektives Arbeiten zu ermöglichen, könnte Politik Kooperation der (sozialen) Vereine, Institutionen und Planungseinheiten in ein Leitbild der Stadt/Region aufnehmen und solche Aktivitäten fördern. Damit wäre Folgendes gesichert:

- Langfristiger Einsatz von Fachkräften im Stadtteil als wichtige Voraussetzung für die Kontinuität des bürgerlichen Engagements,
- Kooperation aller Verwaltungseinheiten und sozialen Einrichtungen, sowie Institutionen im Stadtteil,
- Aktuelle Informationen und Vernetzung des Wissens und der (Human-)Ressourcen im Stadtteil.

Ferner ist notwendig, Gemeinwesenarbeit in den Ausbildungsstätten besser zu verankern – der Schwerpunkt liegt derzeit auf der Einzel-fallhilfe – sowie die Förderung der Forschungsarbeiten, die bereichsübergreifende Themen bearbeiten.

Panel II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft

Britta Ström, City of Malmo, Sweden

Good Governance and integrated approaches

I am the coordinator of the Metropolitan Initiative in Malmo, which is an integrated approach to combating social differences in living conditions between different areas of the City. I am also a member of the Monitoring Committee for the EU's Urbact programme. As you perhaps know, this is an initiative to compile and develop experiences from urban programmes.

Malmo is the third biggest city in Sweden, with 275.000 inhabitants. It is situated in the far south of Sweden, near Copenhagen. In fact, we are connected to Denmark by a bridge; it takes me half an hour by train to get to the Danish capital or to the airport. Malmo presents two images. On the one hand, it is a city that is developing well, in a growth region that is home to more than three million people, the Öresund Region. The number of jobs is increasing, as is the influx of new inhabitants. There are a large number of universities and two airports. But there is another side to Malmo: a substantial decline in the entire structure of industry in the 1990s is still making its mark, and unemployment is high. This has been worsened by the fact that large numbers of refugees have been coming to Malmo for many years now. In 1960, five per cent of the city's inhabitants were born abroad. In 2005, the figure was twenty-six per cent. And the refugees who have arrived in the past fifteen years need different kinds of help than previous immigrants, many of whom immigrated to jobs.

Since the riots in Paris last autumn, the living conditions of children and young people in disadvantaged neighbourhoods have become a very topical and real issue. People in most circles have probably asked themselves, "could it happen here"? Malmo, where a third of children grow up in such neighbourhoods, is no exception. I'm going to focus on this issue in my presentation, mainly based on my view of what we need to do in order to prevent similar events from happening in Malmo.

This means that I will be talking about:

- Governance – goal and control systems from central government level to regional and local levels, and the link between municipalities and residential areas.
- Cross-sector work – how different policy areas must work together to develop wel-

fare provision.

- Bottom-up perspective – how to create participation, with special emphasis on what is required for social inclusion of young people who live in socially vulnerable neighbourhoods.
- Partnership for perseverance and long-term work.

The facts and experiences that I will refer to are based on the evaluations made by the Metropolitan Policy in Sweden, and especially in Malmo. I will also refer to the knowledge compiled through Malmo's participation in the EU's Urbact programme.

Urban governance and the Metropolitan Policy

What does the Metropolitan Policy mean to young people in Malmo? I think we all agree that the living conditions and future prospects of children and young people depend a great deal on their parents' situation. And in Sweden, just like in other countries, there are big differences in living conditions in different parts of metropolitan areas. Of course, we can see differences in all fairly large cities, but in metropolitan areas they make a particular impact due to their size. What is the Swedish Metropolitan Policy?

Following a decision in the Swedish parliament in December 1998, the Swedish government has developed a national metropolitan policy. Local development agreements are the main tool for achieving sustainable development. These agreements are based on the assumption that the best results will be achieved if efforts are co-ordinated and are based on inhabitants' perspective of what will work in their own community.

The Swedish Metropolitan Policy rests on two overall objectives, namely:

- To support development in urban areas towards long-term sustainable economic growth.
- To break down social, ethnic and discriminatory segregation in these areas and work towards equal opportunities on both an individual and a gender level.

From 1999 to 2001, seven local development agreements were established between the Swedish government and seven municipalities, covering 24 distressed urban areas. The agreements focus on individuals and city districts and take a holistic approach, combining a variety of measures that address unemployment, language training, crime prevention, education and participation. The development agreements include locally developed objec-

tives, and an individual action plan for each city district covered by the local agreement. The metropolitan work is based on four major principles:

1. The bottom-up perspective, which means that all measures prioritise inhabitants' interests and participation;
2. Management by objectives, which means that each measure taken should relate to a given objective and be a part of an overall plan;
3. Co-operation, because measures should – as far as possible – involve cross-sector activities; and
4. Long-term work, which naturally means that this development process will extend over a long period of time. A major evaluation programme is carried out at both national and local level.

As one of seven municipalities, Malmo has received 50 million Euro from the government. The City has had to contribute the same amount as co-funding. Up to now, the term "governance" has involved finding ways of using the extra resources to support positive development in four neighbourhoods in Malmo where poverty and social vulnerability dominate. We have drawn up local action plans, based on the central government guidelines I have just referred to. New forms of co-operation have been developed at the same time, between the municipality and the local branch of some government authorities, mainly focusing on the unemployed, but also including co-operation with police authorities, for example. As a result of the Metropolitan Policy, a new government agency has been created for the development of schools in deprived areas. This agency is now an important co-operation partner.

How has the term governance taken shape in government agencies? Through its various subject-based departments, the Swedish Government Offices annually issue appropriation directions to the different government agencies that play a part in metropolitan policy. These appropriation directions state how money should be used and how follow-up and reporting should take place. The Metropolitan Policy includes special instructions on co-operation with the seven municipalities that have agreements with central government. Central government thereby plays its part in the local development agreement with the municipality, and lays the foundation for putting the agreement's local programmes of measures into practice.

The operative work in the Metropolitan Policy takes place in municipalities and residential areas. Central government also has a decentralised organisation for some tasks, such as work to reduce unemployment. In practice, this

means that the local employment office is to work with the municipality, based on the information stated in the appropriation directions issued to the government agency called the Labour Market Administration. In between, there is also a regional level with its own requirements. It's not always easy to achieve transparency between different levels. You need good communication, and everyone involved must be aware of goals, the problem and their role. Central government goals are usually written from a national perspective and are often poorly suited to the situation in vulnerable neighbourhoods. Even though the Metropolitan Policy is supposed to support local development needs and programmes of measures, there are built-in inconsistencies that must be dealt with and must be understood by decision-makers at different levels.

The Metropolitan Policy is now entering a new phase in which no extra funds are being made available. Instead, everyone involved is expected to continue the work using existing resources. Central government and municipalities are to tackle metropolitan problems together, and continue to find ways of complying with the appropriations directives. We're currently giving a lot of thought to how we can do this. The challenges facing the welfare state have become clear to a lot more people, and we are better organised at local and central level. However, the difficult work of finding concrete ways in which to jointly achieve the goals of better welfare provision and reduced divisions in cities still requires major effort. It's equally important to eliminate territorial thinking and instead create forms of co-operation.

The need for cross-sector work to tackle welfare issues and create favourable conditions for development

Public sector activities are usually organised by subject. Schools have special legislation and their own institutions and government agencies, while social services have theirs, for example. Physical planning, the infrastructure, also has its different forms. But these forms are rarely appropriate for people, especially those on the margins of society. This is the key issue in welfare policy: how can we find forms of support that are based on people's needs? How can we meet people where they are, in order to help open doors for them to work and society? We know that problems of social deprivation and exclusion show a clear tendency to build up in certain neighbourhoods. In Malmo, like in the rest of Sweden, we're talking about the expansion of the "million homes" programme in the 1960s, when building on a large scale became the norm. We have now altered a lot of

this housing. The standard of housing is, with a few small exceptions, generally high. But stigmatisation is still prominent: there are areas whose residents meet with a negative reaction if they tell people where they live.

Why are certain areas still unattractive to outsiders, although residents there are often happy with their homes and surroundings? Social structure is the main explanation, but the view of established society plays a part too. The mass media are also a major influence in this context. The lack of a holistic perspective for the measures that have been implemented and are ongoing is clear. There is a real lack of participation from residents. We need more knowledge of how to organise and develop functioning social environments. Each government authority or activity must do its bit, but there is often a shortage of officials, teachers and others who have the ability to create dialogue with residents. We're trying to develop the forms of work, but there is a lot to do. And the situation has become more complex due to the concentration of immigrants in the poorest areas, where there is a minority of Swedish speakers or sometimes none at all.

The bottom-up perspective

The bottom-up perspective means that all measures must prioritise inhabitants' interests and participation. This is a strategic term that has required a lot of work and has not proved particularly easy to put into practice. However, the work on solving segregation problems has increasingly shown that creating active participation and influence among people in neighbourhoods is central to achieving change. Challenges therefore involve creating an organisation and work method that bring together residents in goal-oriented ventures with authorities at different levels. We have tried various approaches in our aim to create communication and influence for different parties.

I'd like to tell you about the development work that we run within the framework of Urbact, which I mentioned earlier. Malmo is leading a theme: Young People, from exclusion to inclusion. This means that together with a number of other local authorities in different European countries, we have developed criteria for young people's participation. The objective is to identify the most important aspects to focus on in an integrated work method for, and with, young people. Mikael Stigendal, a researcher in Malmo, has developed the subject. He has studied what is required for social inclusion of young people, and I refer to him and his work here. He states: „First, we must establish a definition of social exclusion. I suggest that we define social exclusion as a combination of

have-not and do-not. The definition revolves around three principles: Social exclusion has to be addressed from a multi-dimensional perspective, including factors such as income, work, family, ethnicity, housing, culture and power. Social exclusion has to be related to social inclusion in society, which means that we need to know about the structures, systems and cultures of society in order to understand how social exclusion can occur. Social exclusion contains potential. Admittedly, such potential could be negative and pose a threat to society, but it could also be inspirational and the impetus for a positive development of society. The emergence of social exclusion indicates the existence of problems. Poverty seems to be the most general problem affecting these young people.”

In the Nordic countries, social exclusion tends to be associated with a high proportion of immigrants. The concomitant lack of knowledge among their parents about the labour market, school system and society often weakens these parents’ support of their children. Health problems and traumatic experiences make things worse. The clashes described above could also result in overcrowded households with no space where young people can do their homework. Education systems contain problems which could cause social exclusion of young people or make it more difficult for them to be included. In general, education systems tend to be ethnocentric, which affects and discriminates young people of immigrant origin.

The democratic influence of young people in education systems is often seriously underdeveloped, which may have an impact on excluded young people in particular; those whose only opportunity of learning and supporting democracy is available at school. Grading has become one of the main indicators of social exclusion. Also, labour markets often contain problems which could cause social exclusion of young people or make it more difficult for them to be included.

Two such problems are that:

- Labour markets are often ethnocentric, which affects and discriminates young people of immigrant origin.
- In general, the increased demands on skill and education have made it more difficult for young people to get a job, not only regular ones but also temporary positions during the summer and leisure time.

A very special problem is the one of failure at school. Young people who fail, in particular those whose performance is registered in the form of failing grades, become the agents of a crucial problem. While problems of pover-

ty stem from a family’s situation, and the problems of the education systems and the labour market are structural, the problem of failing grades becomes linked to the individual. And in deprived areas, nearly half of children do not get the grades required for further study. The problem scenario indicates that there are structural obstacles and individual obstacles that must be addressed by understanding and working together with young people.

In his study, researcher Mikael Stigendal points out the need for the following when approaching the problems: Strategies that aim to promote sustainable revitalisation of cities by changing the situation of young people from social exclusion to social inclusion must include five criteria, or at least some of these criteria:

- Empowerment: Opposite of objectify, empowerment means to subjectify and concerns roles and individuals, separately or both.
- Strengthening social relations: Creating trust and improving communication in ways that boost empowerment.
- Structural changes in schools: Tackling causes of exclusion, in particular the implicit ones, in order to prevent pupils from losing faith and opting out. Promote the feeling of participation instead.
- Cooperation between schools and the local community: Tackling the causes of exclusion in the local context of schools, in particular by breaking down barriers between the school and its surroundings, also to boost empowerment and strengthen social relations.
- Changing the view on knowledge: Treating knowledge as a context, created in social conditions and expressed in various forms, to bridge the gaps between practical and theoretical knowledge.

In Malmo we have some examples where these strategies are applied. Some are working well, while others are less effective.

Partnership for perseverance and long-term work

What must our society and institutions do to create young people’s participation in society and prevent their exclusion? How can we counteract unrest, vandalism, destructive behaviour and criminality? Or, adopting a positive approach; how can we utilise young people’s energy and ideas? We need a social policy that supports vulnerable families with children – this is naturally a foundation to build on.

But we also need an integrated approach, in which different parts complement each other.

We need a housing policy that enables young people to move into homes of their own. We also need a labour market that enables young people to pay the rent, and an education policy that helps them get an education suited to the labour market of the future. This requires new methods for social inclusion, in which young people can have their say and be heard. To create the conditions I mentioned earlier, different forces in society must work together as partners. Young people must be given the chance to express their views, must be shown respect and given influence. To achieve this, we must help them form their own organisations and take part in democratic activities in schools and leisure time. Their knowledge must also be respected when it is based on experiences gained in other countries and other cultures. Parents must be given an active role, for example on school boards. We need to offer parental training, and are currently working on this a great deal.

Clubs and societies, like sports clubs and societies, must be able to welcome and include young people with different experiences, and this requires support from society. Companies must help by offering work placements, trainee positions and the chance to experience working life. Housing companies must join forces with their residents to create secure environments for young people to grow up in. In Malmo we use linkworkers, people who bridge gaps and misunderstandings. They support residents in their meetings with institutions in society. It's important that our common institutions are able to relinquish their privileges, power and prestige. This is the task of challenging power structures, and is a whole issue of its own!

To sum up: to avoid a situation like the one in Paris, we need:

- Good public services, with many adults present who can detect problems,
- Role models for young people who motivate them in their schoolwork,
- Pupils and parents who participate and can influence work methods in schools,
- A secure and well-managed environment,
- A wealth of positive leisure activities that young people can influence themselves.

*Maria Joaquina Marques Serrão,
City of Leiria, Portugal*

Good Governance and integrated approaches – Standards for the co-operation of public services, NGOs and the civil society

The project of social development we present here – “Viver Melhor” [Living Better] – concerns a quarter of social housing, located at

the most heavily populated Parish of Leiria's Borough, the Parish of Marrazes. This Parish is the one welcoming the most citizens coming both from other areas of Portugal and from other countries. Here, we can find the greatest concentration of needs and social problems, the most of the existing social housing quarters (social rent or sale at controlled prices) and the highest rate of youth, comparatively to the average of Leiria's Borough. The territory affected by the “Viver Melhor” is composed by two hundred and eight homes, where six hundred people live, distributed by twenty-six blocks, with four floors each.

The Dr. Francisco Sá Carneiro Quarter was built during the 1980's (nineteen eighty's) decade by the Housing Ministry, in land belonging to the Marrazes Parish Council, answering a request from Leiria's Municipality. The main goal of that construction was to provide some families who had come from Africa, resulting from the process of independence of the former Portuguese colonies in that continent and who, in a transition period, lived in deactivated public buildings at Leiria's City, with new homes. At that time, the Quarter was isolated from the urban nucleus of the Parish of Marrazes, a situation that, nowadays, no longer occurs, resulting from the latter construction of new urban areas. The services of the Housing Ministry, which took responsibility for the Quarter's management for about twenty years, were located at another city, some sixty kilometres away, having no local office. At that time, the social management was carried out only by a social service technician and an overseer, who occasionally came to Leiria, paying attention to matters related only with housing (administrative, legal and neighbourhood issues). Besides the intervention of the entity that owned the buildings, an Association of Residents was created, with origin at the transitory lodgings where a part of the inhabitants lived before the definitive housing at the Dr. Francisco Sá Carneiro Quarter.

Since the beginning, the construction of this Quarter was a target of protests by the population who lived at Marrazes Parish, an area that, at that time, still had many rural traits. The populations from the small urban nucleus nearby found their tranquillity to be under threat, with the settlement of about six hundred individuals with socio-cultural characteristics very different from their own. On the other hand, and inherent to the process of attribution of the homes, there was a separation in the ways of living between the residents who had come from African countries and those who were originally from Leiria's region, a minority, with some of them being able to buy their own houses (at

low costs). It's also worthy of mention the low quality of the buildings/homes, that obeyed to the administrative rulings of the time, in which priority was given to the low costs of the construction, putting in clear disadvantage both the socio-cultural characteristics of the families to be lodged and the latter maintenance requirements. This restriction was a consequence of the dimension of the problem that affected the whole country – the mass arrival of residents and refugees from the nowadays African Portuguese-speaking countries.

Until today, the Quarter has been stigmatized by most of the population of the Parish where it is located, as well as by the general inhabitants of Leiria's Borough, greatly due to the "message" passed by the local and regional media. From the current demographic and socio-economic features of the residents, some aspects can be stressed, such as the high incidence of lone-parent families; the fact that second and third generation descendants from the families who came from Africa remain in the Quarter; the high level of unemployment and of occasional professional occupations; low levels of education, with strong absenteeism and early abandonment of school; violence/delinquency and addiction behaviour by the young people and third generation teenagers; lack of assumption of the parental responsibilities; and high incidence of inhabitants showing an apparent apathy as far as their civic, social and citizenship rights and obligations are concerned.

This being the framework with which the Social Action services of Leiria's Borough got acquainted through the Social Service Technicians, recruited during the ninety's decade and in the scope of the transfer of competences to the municipalities, through a law passed in 1999, it was proposed that the municipality defined that territory as a priority intervention area. The strategy adopted at that time intended the use of the new competences of the Portuguese municipalities, in the domain of the Social Action, namely in the fight against social exclusion, going a bit further, that is to say, instead of the participation it was supposed to have, the Borough decided to be, itself, the promoter of the approach to the residents of the Quarter, in direct co-operation with other public services, non-governmental organisations and the civil society.

The condition of social exclusion in which this territory could be found, bearing a negative image, both from the outside communities regarding the Quarter, and from the residents towards the exterior, involving not only individuals (natural and residents in the municipality), but also institutions, public organisms and respective technicians, was the determinant

of the initial approach methodology, which inserted two complementary stages. That initial approach was materialized, at the action level, through initiatives aimed at children – "Entertainments Workshop" – for which the participation of the Residents Association, of the regional services of the Youth Ministry, of the parents and of the children themselves was requested. The "Entertainments Workshop" took place during the school-holiday periods and consisted of outdoor and indoor activities and of visits of cultural, entertaining and learning nature. The activities of the "Entertainments Workshop" were programmed on a weekly basis with the participation of the children, with the goals of preventing risk behaviour, making them aware of the rules that living in a group implies and promoting the respect for the Quarter itself. The programme intended to contribute to the inclusion of the children in events of municipal scope, so as to diminish the stigmatization to which they were subjected as inhabitants of the Quarter, providing them, at the same time, with the possibility of experiencing ways of living and of having contacts with diversified environments, both at the social, environmental and cultural levels. Furthermore, through activities held outside the Quarter, some progresses towards the awareness rising of local institutions and organisms were made, with the intention of dignifying the image of this neighbourhood.

The "Entertainments Workshop", as the predecessor of the "Living Better" Project, established the first level of institutional co-operation, although only informally and occasionally, making the way to the current methodology. In this framework, and after a complementary approach of the residents, through the application of a small questionnaire, the "Living Better" Project was created, with its main goals being the rehabilitation and articulation of the communities resources, through the establishment of partnerships with public and private organisms, aiming at a greater autonomy of the residents for the exercise of citizenship and at the promotion of the intergenerational and multicultural relations, both in its territory and in the outside community. The Municipality's effort, at the institutional and administrative level, was materialized in making easier the approach of technicians, leaders and volunteers from public services, privates and non-governmental organizations towards the inhabitants, in their own territory, through diversified activities which were developed with children, young people and individuals with other ages.

As a result of this approach, new services were implanted in the Quarter, of which we point out a local office where two technicians

of the social area worked and two centres of activities for children and young people. At the methodological level, Leiria's Borough has made an effort so that the activities of the "Living Better" Project with children and young people always had as structural support the complementary work made with the respective family. At the action level, the activities programme systematically comprises the possibility that children and young people can define their own activities, according to their interests, as well as their inclusion in activities and events that take place at a municipal level and which are intended for the whole of the population. As an example of developed activities, we can mention health prevention, environmental education, gastronomy, computers, interpersonal relationship, awareness rising towards the professional training and insertion, arts and vacation camps. As examples of the established co-operation, we refer to the local offices of the Youth, Education, Health, Social Security and Employment Ministries, to the Residents Association, to the Youth Associations of Leiria, to the Police, the Army, the Fireman, to the Private Institutions of Solidarity, to the volunteers and to the owner of the buildings.

The current approach, at a methodological level, has been consolidating the co-operation among the services which intervene in this territory, towards a citizen and family-centred dimension, with priority to children and young people which are in a situation of social exclusion. The "Living Better" Project has promoted the integrated social work between the technicians and the animators working with this Quarter, systematized through the psychosocial support it develops at the local office and through the support of the public services, located outside the neighbourhood. Empowerment is the framework of this integrated social work, with the involved technicians identifying the problems and needs together with the residents, defining, also on this basis, the plan of insertion in the different areas (health, teaching, employment, social security, housing and others). The systematization of the integrated social work is also materialized by the usage of common criteria and instruments, discussed and evaluated by the whole of the representatives of the partnership, in monthly meetings. In these meetings, there is also place for the nomination of the technician, or technicians, responsible by accompanying each citizen or family, in what concerns the direct relationship. The beginning of each intervention can come from the resident or by indication of any of the technicians, animators or teachers working with the children, young people or families

living in the quarter.

The "Living Better" Project intends, with this methodology, to promote the inclusion of the residents in general, and of the children and young people in particular, in order to prevent new situations of danger and failure. As a consequence, a group of partners, besides the already mentioned organisms, was invited by the Commission of Protection of Children and Youngsters of Leiria, a non-judicial entity, whose legal attributions comprise the promotion and protection of the development of children and young people, as a way of preventing the application of measures by the courts. The integrated social work, which was being carried out informally among technicians, animators and teachers, was recently subscribed by the heads of nine organisms, through a joined "Partnership Agreement". This "Partnership Agreement" encompasses the enlargement of the integrated social work which was initiated by the "Living Better" Project to the whole territorial area of the Marrazes Parish, in the scope of the Parish Social Commission of Marrazes. The Parish Social Commission, an organism recently developed by the Municipality, has the attributions of identifying and defining the priorities of the social needs and problems, as well as the strategic planning of the fight against social exclusion. The Parish Social Commission, presided by the local Parish Council, includes the local actors, namely from the Dr. Sá Carneiro Quarter, through the Association of Residents and the institutions which are located there, thus promoting the participation of the inhabitants (youngsters and others) at the forums of discussion, evaluation and planning of the social development of the territory of which they are part.

As a result, we believe that, such as the "Entertainments Workshop" was the predecessor of the "Living Better" Project, this same Project will certainly be the predecessor of the methodologies to be adopted in other territories of Leiria's Borough, where the problems of social exclusion affecting children and young people are gradually increasing.

*Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg,
Bundesrepublik Deutschland*

Was sind Bedingungen von Politik, Verwaltung und Jugendarbeit für eine nachhaltige Sozialpolitik?

1. Sozialstaat am Ende?

Kommunale Sozialverwaltung als Mangelmanagement? In den meisten westeuropäischen Städten werden die sozialstaatlichen Voraus-

setzungen, Dienste für Kinder und Jugendliche bereitzustellen mit öffentlichen Mitteln immer schlechter, vor allem wegen der Finanzierung aber auch wegen der Verschiedenartigkeit und Vielfalt der Probleme, Aufgabenstellung und Mitwirkung der Betroffenen (*compliance*). Ausgangspunkt ist für die meisten Stadtverwaltungen der Gegensatz von Sozialstaat und Zivilgesellschaft, das Gegenüber von staatlicher Steuerung der Jugendhilfe und Sozialleistungen einerseits und andererseits dem Zerfallen in vielfältigste Formen der Jugend(vereins)arbeit und der Herkunftsmilieus. In beiden Welten finden Veränderungsversuche statt – etwa Stadtteilprojektförderungen auf der staatlichen Seite und Initiativen und Einzelstiftungsprojekte auf der zivilgesellschaftlichen Seite.

An der passiven Rolle, Politik für Jugendliche zu machen, statt mit und von Jugendlichen, ändert sich noch wenig. Der politische Druck bleibt lobbybezogen für / gegen eine Gruppe innerhalb der Stadtgesellschaft. Eine Verschränkung ökonomischer, sozialkultureller und pädagogischer Aspekte findet kaum statt, weil unterschiedliche Systeme und Zuständigkeiten betroffen sind. Die Finanzmittel werden auf die schwierigsten Problemfälle konzentriert statt präventiv zu wirken.

2. Der Transformationsprozess: Umbau zu einer zivilgesellschaftlichen Sozialpolitik

Auf beiden Seiten werden Veränderungen eingeleitet, so dass die Verwaltung mehr mit sozialräumlicher Arbeit, Kompetenzzentren, Beteiligung von Freiwilligen, Gleichwertigkeit staatlicher und verbandlicher Projekte reagiert. Die Politik formuliert Wert- und Leitgedanken und im zivilgesellschaftlichen Sektor erfolgen zahlreiche Organisations- und Projektangebote, die vor allem für Transparenz der Akteure und Aufbau partizipativer Strukturen sorgen (Beispiel: Bündnis für Augsburg).

- Vertrauen schaffen zu Einzelgruppen (z. B. Russlanddeutsche, türkische Jugend in Augsburg) und deren Performanz fördern (z. B. Jugendkulturenpreis).
- Politik sucht Konsens über Werte und Ziele und auf der operativen Ebene werden Projekte mit allen Akteuren gesucht.

3. Architektur einer urbanen Wohlfahrtsge- sellschaft

Der Schwerpunkt wendet sich vom repräsentativen Prinzip (Gruppeninteressen zu vertreten) zur kooperativen Selbstverwaltung: Projektstrukturen, bei denen Fachkräfte, Institutionen, Betroffene und Freiwillige unterschiedlich aber aufeinander zwingend bezogene Rollen spielen. Probleme werden als Aufgaben von Stadt und Vereinen, Betroffenen und

freiwilligen Bürgern betrachtet – jeder Akteur braucht einen Platz im Projekt (Beispiel Sozialpaten). Jugend betrifft alle Politikbereiche und muss in unterschiedlichsten Formen selbst mitwirken. Querschnittsprojekte (wie z. B. Change in – Schülereinsätze / Hoffeste) spielen eine wichtige Rolle. Die Verwaltung managt solche Projektstrukturen. Die Aufgabe der städtischen Fachkräfte wandeln sich. Die Notwendigkeit zur Integration aller Projekte und Aktionen nimmt zu.

Leitgedanken der Augsburger Sozialpolitik – 10 Kurzthesen

1. Sozialpolitik in Augsburg ist Politik von allen Gruppen der Stadt. Sozialpolitik ist nicht unterschiedslos für alle Gruppen der Stadt, sondern sie hat Menschen zu befähigen mitzuwirken, Vertrauen zu schaffen, ihnen Chancen zu geben und zur Eigenverantwortung aufzufordern.

2. Sozialpolitik in Augsburg hat Dienstleistungen qualitativ angemessen für alle Generationen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig Grenzen einer reinen Versorgungspolitik aufzuzeigen.

3. Sozialpolitik in Augsburg gibt allen Kindern Chancen, in und neben der Familie und für ihre Lebensgestaltung.

4. Sozialpolitik in Augsburg gibt allen Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Schule Chancen eigener Erfahrungen und eigenen Lebens.

5. Sozialpolitik in Augsburg unterstützt aktiv die Integration aller ethnisch-kultureller Gruppen und eröffnet russlanddeutschen und türkischen jungen Menschen Chancen durch Leitprojekte.

6. Sozialpolitik in Augsburg baut Erwerbslosen Brücken zum Arbeitsmarkt.

7. Sozialpolitik in Augsburg eröffnet armen Menschen Chancen, Wohnung und Würde zu wahren.

8. Sozialpolitik in Augsburg sichert hochbetagten Menschen und ihren Angehörigen eine Chance, wohnortnah und in überschaubaren Pflegestrukturen alt zu werden.

9. Sozialpolitik in Augsburg greift soziale Ungleichheiten auf und versucht Wohn-, Bildungs- und Kultur-Institutionen für die Betroffenen zu gewinnen.

10. Sozialpolitik in Augsburg bedeutet Stärkung der Nachbarschaften, Stadtteile und Sozialregionen durch Chancen auf vielfältige Teilhabe und Abbau der Egoismen der Gruppen und Generationen gegeneinander.

Panel III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen

Panagiota Ligdopoulou, City of Athens, Greece

Social and Educational Action

The following is a linear presentation aiming to describe non-linear processes. Few words about the *Children & Family Support Centre*. The Greek NGO *Social & Educational Action* established the Children and Family Support Centre in 1997. The Centre is located in the area of Kolonos - Metaxourghio in Athens; it provides direct services through the Children's Day Centre, the Youth Centre and the Family Centre. The Centre supports children and families of ethnic/religious minorities, aiming at their social and educational integration. The Support Centre runs three different projects: a) the School Integration Programme for pre-school and school children, b) the Social Integration Programme for adolescents and young adults and c) the Family Counselling & Guidance Programme. The area of Kolonos & Metaxourghio lies in the centre Athens and it is a deprived area consisted mainly by socially vulnerable populations (Greek Muslims of Turkish origin, Roma of Greek and Albanian origin, homeless refugees and migrants), without the implementation of social planning and intervention programs; de-industrialization processes in the last two decades resulted in a rapid change of uses in the area, which consequently 'pushed' certain social groups in the outskirts of the city or elsewhere. As prices have gone up with the last development trends in this part of the capital, small coffee shops and tavernas, formerly owned by members of the local population, closed down and as a consequence many public spaces available for meeting with each other disappeared. Hence, a further breaking-down of social networks has been witnessed.

A number of approximately five hundred Greek Muslim & Roma families moved into the area from Thrace region in North Greece (beginning of 80s – being the 3rd wave of instigated migration away from the borders and towards the capital), responding to a state-initiated Integration Programme which never took place and which has been related with fears of potential alliances of non Christians with the neighbouring 'enemies'; hence the group follows semi-nomadic patterns, constantly moving between Thrace, Athens and the Greek Islands, where they are occupied professionally during the summer period. The group is characterized by very poor education

and social standards: almost every adult is illiterate and the (official) rate of unemployment reaches 100%; early marriages and a big number of children per family contribute to the poor financial profile of the group: family income is very much based on child-labor, as the occupational potential of adults is very limited; apart from that, family income is also based on state allowances, usually directly related to the number of children and children's attendance to school. There are many indications about extended drug and alcohol abuse, violence at home and so on.

As most of adults/parents lack any kind of school experience, the necessity of schooling is far from obvious for the population; taking also into account the very limited (material & human) resources as well as the 'necessity' of child-labor (many households meet their needs through the labor offered by the younger members of the family, such as selling handkerchiefs, flowers, washing car windows and so on), it becomes obvious why a great number of children never attend school, whereas others fail to perform a stable and successful attendance. Furthermore, adults as well as children do not have any success stories related with education in their environments, so they cannot imagine what education would have to offer to them. They have 'learned' they will remain a minority. First intervention area: School Integration 2005-2006: 76 children & teenagers (11-19 years old) participate in the School Integration Program. They are supported through the school registration processes (not always easy, as some children lack of any identification papers and locals schools with the support of the Ministry for Education refuse to register them), get preparation lessons for school, get psycho-social support, while daily meals are provided as well (in cooperation with Municipality of Athens... an outcome of the 2004 Olympics). Educational profile: late entrance in school system, usually in levels that do not match with the children's age and their educational skills, sporadic attendance; consequently: limited High School Entrance & high drop-out rates in young ages (11-14 years old).

Second intervention area: Social & Labor Market Integration of young people excluded from the educational system: During the period of 2005-2006 35 Greek Muslim & Albanian Roma teenagers participated in the following activities: The Elementary School Certificate Program, The Human Rights Education Program, The Labor Market Integration Program, The Video & Photography Project, The Creative Workshop (painting & story telling), The Music Project, The International Youth Exchange Program (UK, July 2006). Third intervention area:

Family Counseling & Guidance: During the period of 2005-2006 (1st half) there has been 600 cases handled concerning: Legal Counseling & Guidance: civic rights and obligations, state allowances, school registration, health services. Individual & Family Guidance: personal & family empowerment concerning parental roles, motivation for school integration, health issues. The Family Center is also responsible for the practical training of Social Workers in cooperation with the Technical University of Athens.

Networking

Participation in two urban development projects in cooperation with the Municipality of Athens and the Greek Manpower Employment Organization (OAED): 'Local Employment Initiatives': Network for Labor Market Integration – Counseling Services for 20 unemployed women in the 3rd City Department: needs-analysis, individual action plans, individual & family counseling, Labor Market Integration & follow-up. 'Integrated Small-scale Urban Development Initiatives': Counseling Services for 50 unemployed women in the 4rd City Department: needs-analysis, individual action plans, individual & family counseling, Labor Market Integration & follow-up.

European Projects

The Support Centre participated/will participate in the following projects:

- European Commission Youth Programme, Action 1: Youth for Europe, Youth Exchanges: 'Crossleys' – Manchester, July 06.
- European Commission Youth Programme, Action 2: European Voluntary Service: 'Voluntary Services for Muslim Roma Teenagers'.
- European Commission Youth Programme, Action 3: Youth Initiatives, Networking Projects: 'Kolonos 04 – the traveling suitcase project'.
- European Commission Youth Programme, Action 3: Youth Initiatives, Future Capital: 1) 'Occupational Counselling Programme for disadvantaged youth – A multi-media Project Method' & 2) 'My home, my life - a multi-cultural art project for Roma children and their school peers'.
- European Commission Leonardo da Vinci Programme 2002-2006: 'European Passport on Professional Education in Early Intervention'.
- European Commission Action Program to encourage cooperation between Member States to combat Social Exclusion: 'Lobby for Children – Methods towards Social In-

clusion of Children in Europe'.

- European Commission Joint Actions Socrates, Leonardo Da Vinci and Youth: 'CIVIS in Europe'. It is worth noting here, that although the particular programme (drop-out prevention programme) is designed to run in cooperation with the local schools, this hasn't been possible, since the Ministry of Education has been orally refusing to grant permission for accessing schools in the area and simultaneously has been avoiding to give as a printed version of their refusal.

Problem areas

NGOs are still called upon in order to replace a non-existent welfare state. Still, while NGOs are implementing programs that should be in fact implemented by the state, they do not receive any substantial financial support and hence they lack personnel, funds for continuous intervention programs and actions, adequate spaces. Some financial support is possible thanks to private interventions. A fact: as public actors and services have not been willing to offer any kind of support to the Centre's activities (apart from the meals left from the public day care centres), the projects described so far would have been implemented without the support of European funding programs.

It has been noticed that when it comes to state's measures in order to combat social exclusion, the Roma population faces further exclusion. For instance, Roma women are expected to participate in programs whereas no thought has been made about daycare centres for little kids. Furthermore, Roma women are almost always turned down during the interviewing process by the authorities (for employment support programs and so on). The latter phenomenon was most eloquently noticed with the recent programs run by the Municipality of Athens and OAED ('Local Employment Initiatives' and 'Integrated Small-scale Urban Development Initiatives').

Recently, it has been mentioned in widely circulated magazines in Greece, that the majority of EU housing money never reached the Roma population. It is also far from obvious, that religious identities aren't respected in Greece, since for instance there is not a single mosque in Athens (if one would wish to attend one, should leave the capital for a 3-day trip towards Thrace and come back).

There is a difficulty in combating widely shared stereotypes within the public, often recreated by social actors as well. Same stereotyping applies among the various members of ethnic and/or religious minorities in the area. For instance, it is difficult to involve youth of the Turkish speaking and Romani speaking Greeks

with Roma youth of Albanian origin.

Marginalization process implemented by the Greek state or where exclusion is not an accident... According to the Greek Helsinki Monitor to the European Roma Rights Centre (in a report published in September 2004): The existing legislation recreates marginalization processes: for instance the existence of the Ministerial Degree [1983] concerning "Health Regulation for the Organized Settlement of Nomads..."

European policies that have not been integrated: International Convention for the Elimination of All Forms of Racial Discrimination – article 14 (has not been signed), European Council Directive 2000/43/EU for the Implementation of the Equal Treatment of Persons Regardless of their Racial or Ethnic Origin (has not been adopted). Also, some of the following regulations have not been ratified by the Greek state: Frame Convention of the European Council for the Protection of the Ethnic Minorities, European Register for Peripheral and Minority Languages, European Convention for the Right to a Nationality, the UNESCO Convention Against Discrimination in Education and many more... Last, but not least, an important issue is the active participation of the Roma community in defining their own needs. For instance the term 'minority' has been hotly debated by some Roma, as they were afraid they may lose their access to an equal Greek identity, while stressing that language constructs realities and hence as a minority they may gain the status of a 'recognized outcast'. The same people suggested, they would rather focus on their identity as Greek citizen who face social exclusion on the grounds of human and civic rights.

*Anne Wehkamp, Stadt Solingen,
Bundesrepublik Deutschland*

Integrationsarbeit der Stadt Solingen – Solingen ist interkulturell

Die kreisfreie Stadt Solingen mit rund 163.000 Einwohnern liegt im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft in Solingen wurde lange von der Schneidwarenindustrie geprägt, die der Stadt den Beinamen „Klingenstadt“ verliehen hat. Im Laufe der Zeit sind weitere Zweige der metall- und kunststoffverarbeitenden Industrie hinzugekommen. So haben viele Zulieferer der Automobilindustrie hier ihren Firmensitz.

Die Einwohnerzahl Solingens ist in dem letzten Jahrzehnt zwar leicht, aber kontinuierlich gesunken. Zwischen 1992 und 2003 verlor die Stadt knapp 3.000 Einwohner. Prognosen ge-

hen davon aus, dass bis zum Jahre 2020 die Stadt um weitere 4,4 Prozent schrumpfen wird. In Solingen leben Menschen aus mehr als 130 Herkunftsländern und sehr unterschiedlichen Kulturen. Zuwanderung fand in größerem Umfang seit 1956 statt. Zunächst kamen Italiener und Jugoslawen, später Griechen, Spanier, Portugiesen, Türken, wenige Marokkaner und Tunesier in die Klingenstadt. Der Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 führte nicht zu einer verstärkten Rückkehr in die Herkunftsländer. Die meisten der bis dahin allein lebenden Ausländer holten ihre Familien nach.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung beträgt heute 13,9 Prozent. Also sind von den gut 163.000 Einwohnern knapp 23.000 Ausländer. Der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter der Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei über 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 38 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. Viele der Bewohner mit Migrationshintergrund sind gut integriert. Teilweise leben sie schon über 40 Jahre hier, sie engagieren sich in Vereinen, haben einen guten Kontakt zu ihren Mitbürgern. Allerdings zeigt die Statistik, dass Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sie häufiger Sozialhilfe beziehen und niedrigere Bildungsabschlüsse aufweisen. Zuwanderer und ihre Nachkommen sind also auch in Solingen stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern in Solingen gestaltet sich in weiten Teilen gut. Ein tiefer Einschnitt war jedoch der Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie Pfingsten 1993, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Dieses Ereignis beeinflusste das Klima in der Stadt nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern. Die unterschiedlichen Ansätze haben Früchte getragen. Deutlich ist an vielen Stellen, dass es aktive Bemühungen um die Integration und ein gesellschaftliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen in Solingen gibt. Die Stadt Solingen wurde im Juni 2005 mit dem Integrationspreis des Innenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ ausgezeichnet. Nachfolgend soll die Solinger Integrationspolitik und Integrationsarbeit kurz skizziert werden.

Interkulturelles Gesamtkonzept

Die Verabschiedung des „Interkulturellen Gesamtkonzeptes“ im Dezember 2001 schaffte eine gute Grundlage für die Integrationsarbeit in Solingen. Dieses Konzept wurde zuvor in einem zweijährigen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Organisationen zu Schwerpunktthemen erarbeitet. Eine gute Unterstützung des Prozesses durch den Rat und die Verwaltungsspitze war wichtig und notwendig. Leitgedanke war, ein Netzwerk aller beteiligten Kräfte und Institutionen zu schaffen. Dadurch erfolgt eine gute Nutzung der vorhandenen Ressourcen von Kommune, Verbänden und Vereinen, Wohnungsbauunternehmen etc.

Es sind Synergieeffekte entstanden und eine zielorientierte Ausrichtung der weiteren integrationspolitischen Arbeit. Bei diesem interkulturellen Netzwerk handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Kommune. Es wurde eine „Umsetzungsgruppe Interkulturelles Gesamtkonzept“ gebildet mit Vertretern aller Verwaltungsressorts, Vertretern aus dem Integrationsrat und der Wohlfahrtsverbände. Die Umsetzungsgruppe trifft sich regelmäßig in vier- bis sechswöchigem Abstand, um über die interkulturellen Projekte in den unterschiedlichen Ressorts und bei den Verbänden zu berichten. In diesem Kreis werden Handlungsbedarfe ermittelt und Projekte entwickelt, die ressortübergreifend umgesetzt werden können. Das Thema Integration wird nicht nur auf sozialer Ebene behandelt, sondern als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern der Verwaltung und findet so auch bei Planungsfragen, strategischen Entscheidungen und Fragen der Stadtkonzeption Berücksichtigung. Die Frage der Zuwanderung gehört in die Wirtschaftsförderung und Personalentwicklung genauso wie in den Gesundheitsbereich, in die Beschäftigungsförderung, in die Kulturförderung, in den Sport, in die Stadtentwicklung und in das Thema Wohnen.

Ziele der Integrationsarbeit

1. Sprache, Sprachförderung

Alle neu eingereisten Migrantinnen und Migranten sollen unmittelbar über bestehende Angebote der Sprachförderung informiert werden. Intern ist anzustreben, alle Angebote miteinander zu vernetzen (Internet) und so einen vollständigen Überblick, auch für die Multiplikatoren, zu ermöglichen. Lücken in der Angebotsstruktur sind zu schließen. Die verschiedenen Sprachkurse sollten gemeinsamen Standards genügen. Eltern werden frühzeitig über die Wichtigkeit der Sprachentwicklung ihrer Kinder informiert. Gemeinsam mit Familienbildung, Kindertagesstätten und Schulen

sollte eine gemeinsame Konzeption zur Sprachentwicklung erarbeitet werden, auch unter Einbeziehung von Selbstorganisationen und Stadtteilprojekten. Die Kommunikation zwischen Zugewanderten und der Verwaltung ist sicherzustellen. Bei Sprachproblemen kann der mobile Übersetzungsdienst genutzt werden.

2. Arbeit/Beschäftigung

Kurz- bis mittelfristig wird in Solingen dringend qualifiziertes Fachpersonal benötigt. Investitionen in die schulische und berufliche Ausbildung sind notwendig, um ausreichend qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Der Nachqualifizierung hier lebender Migrantinnen und Migranten kommt ein hoher Stellenwert zu. Sprachkurse, aber auch die Qualifizierung im Bereich neuer Medien stehen hier im Vordergrund. Ziele sind die Entwicklung passgenauer Beratungskonzepte und adäquater Angebote für verschiedene Gruppen (Jugendliche, junge Erwachsene, Existenzgründer/innen, ältere Migranten/innen und die Altersgruppe der 25-45jährigen).

3. Gesundheit

Die Gesundheitsdienste sollen für Migrantinnen und Migranten bekannter gemacht werden durch entsprechendes Informationsmaterial. Die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder muss verbessert werden. Außerdem gilt es, Kontakte zwischen Gesundheitsbereich und den verschiedenen Selbstorganisationen zu vermitteln. Jugend- und Drogenberatung, Kliniken, gutachterlicher Dienst etc. sind bei ihrer interkulturellen Öffnung zu unterstützen, auch durch das Bündeln von Informationen für Fachkräfte, z. . über mehrsprachige Info-Materialien, mehrsprachige Ärzte, Krankengymnasten etc.

4. Wohnen

Die Verbesserung der sozialräumlichen Arbeit und der nachbarschaftlichen Entwicklung in den Wohnquartieren mit Hilfe eines qualifizierten Quartiersmanagements soll weiter entwickelt werden. Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bei künftigen Planungen ist dabei sicherzustellen. Unterstützungsangebote für Familien in den Stadtteilen sollen gestärkt werden. Mit den Steuerungsmöglichkeiten der Kommune soll versucht werden, unfreiwillige Konzentration von Migranten in einzelnen Wohngebieten zu verhindern und damit Ghettobildungen entgegenzuwirken.

5. Schule, Jugendhilfe

Auf der Grundlage des Schulentwicklungsplans (2000) sollten bis zum Jahr 2010 alle Möglich-

keiten genutzt werden, die immer noch vorhandene Bildungsbenachteiligung zugewanderter Kinder zu verbessern. Dazu gehören unter anderem:

- Die Motivation von Eltern und ihrer Kinder zum Besuch interkultureller und muttersprachlicher Spielgruppen zu steigern.
- Die Wahrnehmung des Angebotes zum Besuch von Tageseinrichtungen ab dem 3. Lebensjahr zu steigern.
- Der Ausbau des Angebots an interkulturellen und muttersprachlichen Spielgruppen im Rahmen der Familienbildung.
- Die Anbindung des muttersprachlichen Unterrichts an den Regelunterricht.
- Die Entwicklung interkultureller Konzepte im Freizeitbereich.
- Intensive Beratung im Übergangsbereich Schule – Beruf“ anzubieten.

Migration ist somit nicht nur ein Querschnittsthema innerhalb der Kommune, sondern auch eine Gemeinschaftsarbeit von kommunalen und nicht kommunalen Akteuren.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen zurzeit auf folgenden Bereichen:

- Sprachförderung wird in Kindergärten und Schulen sowie für Eltern und Multiplikatoren aus den Migrantengruppen angeboten. Darüber hinaus wird die allgemeine Sprachkompetenz durch muttersprachlichen Unterricht und zweisprachige Eltern-Kind-Gruppen gefördert.
- Die Sprachlernangebote sind auf der Internetseite der Stadt Solingen aufgeführt und werden regelmäßig aktualisiert. Ziel ist eine noch bessere Vernetzung des Unterrichts, um ein umfassendes Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen.
- In 2004 wurden erstmals gezielt Sprachkurse für die Eltern von Schulneulingen eingerichtet, und so der hohen Motivation der Eltern Rechnung getragen, beim Schuleintritt der Kinder die eigenen Sprachkenntnisse zu verbessern. Seit 2005 werden gezielt Personen mit Erziehungsverantwortung angeschrieben, um an den Sprach- und Integrationskursen nach dem Zuwanderungsgesetz teilzunehmen.
- Der mobile Übersetzungsdienst mit über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlägt eine Brücke, wenn unterschiedliche Sprachen die Kommunikation erschweren. Er wird von Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen angefragt. Ein weiterer Schwerpunkt sind schriftliche Übersetzungen im Sinne guter Kundenorientierung, um Dienstleistungen für Migranten bekannter zu machen. Die Koordinierung erfolgt durch das Büro der Ausländerbe-

auftragten.

- Im Rahmen des Projektes „Kommunen der Zukunft“ wurden für die Ausländerbehörde Servicegarantien erarbeitet mit dem Ziel der Verstärkung der Dienstleistungsorientierung für Migranten. Unter dem Titel „Die Ausländerbehörde Solingen / Partner für Solinger mit ausländischem Pass“ werden u. a. Termine für Beratungen angeboten. Die Struktur der Terminvergabe hat zu einer erhöhten Zufriedenheit bei Migranten und Mitarbeitern der Ausländerbehörde geführt.
- Dass junge Migranten eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung machen können, wurde durch Öffentlichkeitsarbeit stärker bekannt gemacht. Flyer werben dafür, dass mehr Auszubildende mit ausländischer Herkunft in die Verwaltung kommen.
- Fast 50 Prozent der Jugendlichen bezeichneten in einer Umfrage zur Stadtkonzeption 2003 das Zusammenleben zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen als schwierig. Angebote zur Gewaltprävention, Konfliktschlichtung und -vermeidung für Jugendliche sollen den Gewaltschutz und das Sicherheitsgefühl erhöhen.
- Belange und Sichtweisen von Migranten sollen in allen Bereichen stärker berücksichtigt werden – dazu gehören auch Themen aus Stadtplanung (z. B. Moscheen) und Wohnen (andere Wohnbedürfnisse) oder Stadtentwicklung (bei Bürgerbeteiligungen Interviewer mit Migrationshintergrund einzusetzen usw.). Ein mehrsprachiger Internetauftritt zur Rahmenplanung für ein Stadtgebiet, in dem viele Bewohner mit Migrationshintergrund leben, wurde erstellt.
- Im städtischen Fortbildungsangebot werden Qualifizierungen in Interkultureller Kompetenz angeboten.
- Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Familien“ (RAA) kümmert sich intensiv um die Förderung ausländischer Kinder, Jugendlicher und deren Familien. Das bedeutet zum Beispiel, dass alle neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen an die RAA gemeldet werden, die einen Kindergarten besuchen können oder schulpflichtig sind. Dadurch wird ein flächendeckendes kommunales Beratungs- und Informationsangebot für alle „neuen“ Solinger und Solingerinnen mit Kindern zwischen 3 und 18 Jahren gewährleistet. Die Beratung bezieht die gesamte Familie mit ein.
- Das „Bündnis für Toleranz“ widmet sich dem Themenspektrum „Völkerverständigung und Toleranz“. Es werden Gedenkveranstaltungen organisiert (Jahrestag des

Brandanschläges, Reichspogromnacht). Die Aktion „Stolpersteine“ wurde initiiert, bei der Gedenksteine ins Straßenpflaster eingelassen werden. Ein jährlicher Preis für engagiertes und couragiertes Auftreten im Alltag wurde ausgelobt. Mit verschiedenen Partnern wurde „Schau nicht weg“ initiiert, ein Projekt, das Kinder und Jugendliche durch ein Netz an Ansprechpartnern vor Gewalt schützen soll.

- Im Jugendstadtrat waren ausländische Jugendliche immer stark vertreten. Seit der Wahl 2003 sind 40 % der gewählten Vertreter Jugendliche mit Migrationshintergrund. Insbesondere eine Arbeitsgruppe des Jugendstadtrates setzt mit dem Projekt „Junge Flüchtlinge“ positive Akzente und baut gezielt Kontakte zwischen jungen Flüchtlingen in Übergangsheimen und deutschen Jugendlichen auf.
- Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Migrantenselbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden. Dass Migranten sich als Teil der Gesellschaft empfinden, zeigt sich auch an der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in Solingen, z. B. bei dem Fest „Leben braucht Vielfalt“ mit mehr als 60 Migrantenselbstorganisationen, Verbänden, entwicklungspolitischen- und Naturschutzgruppen. Viele Zugewanderte sind in unterschiedlichsten Vereinen tätig oder wirken z. B. in Stadtteilinitiativen oder im christlich-islamischen Gesprächskreis aktiv mit.
- Eine städtische Integrationsbörse unter Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen und der Wohlfahrtsverbände vermittelt einen Überblick über die vielfältigen Angebote für Neuzuwanderer und schafft Vernetzungsmöglichkeiten für die im Integrationsnetzwerk aktiven Personen.
- Durch erfolgsorientierte und zielgruppenspezifische Maßnahmen der Arbeitsagentur und der ARGE werden die Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt gezielt verbessert.

Politische Partizipation: Der „ZUWI“ – ein Modellprojekt zur Verbesserung der politischen Beteiligung von Zugewanderten

Solingen hatte in der letzten Legislaturperiode einen „Ausschuss für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten“ (ZUWI) als Pilotprojekt des Landes NRW gebildet. Dieser Ausschuss wurde nun abgelöst durch einen „Zuwanderer- und Integrationsrat“ (weiterhin bleibt die Abkürzung ZUWI), dessen Genehmigung auf Antrag der Stadt Solingen nach § 126 der Gemeindeordnung des Landes NRW durch das Innenministerium erfolgte. Zehn Vertreter

der Ausländerinnen und Ausländer beraten und beschließen nun mit neun Ratsmitgliedern über wichtige Themen der Integrationspolitik. Der Zuwanderer- und Integrationsrat kann sich, ebenso wie der Ausschuss, mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen, Anträge an den Rat oder andere Ausschüsse richten und Zuschüsse für Projekte von Migrantenselbstorganisationen, ausländischen Vereinen, entwicklungspolitischen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen bewilligen. Aufgrund der Erfahrungen, die in Solingen und Duisburg (wissenschaftlich begleitet durch das Landeszentrum für Zuwanderung) mit neuen Formen der Migrantenvertretungen gemacht wurden, hat man sich in der neuen Legislaturperiode für die Bildung eines Integrationsrates entschieden, um auch zukünftig eine enge Verzahnung von Migrantenvertretern und Ratsmitgliedern zu gewährleisten.

Die Mehrheitsverhältnisse wurden in dem neuen Gremium jedoch zu Gunsten der Migrantenvertreter verändert. Es handelt sich bei dem Integrationsrat um ein Gremium, das an die Stelle des Ausländerbeirates nach § 27 der Gemeindeordnung NRW getreten ist. In Gemeinden ab 5.000 ausländischen Einwohnern ist nach der Gemeindeordnung ein Ausländerbeirat zu bilden. Ziel des Zuwanderer- und Integrationsrates ist es, eine qualifizierte politische Partizipation von Migranten in Solingen durch eine enge Verzahnung zwischen Migrantenvertretern und Ratsmitgliedern sicherzustellen. Der Zuwanderer- und Integrationsrat führte im Sommer 2005 ein Wochenendseminar durch, bei dem die Ziele der neuen Legislaturperiode festgelegt wurden und bei dem die Gelegenheit bestand, sich besser kennen zu lernen und die Arbeitsweise aufeinander abzustimmen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der Kommune eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen entwickelt und aufeinander abgestimmt werden. Dies führt dazu, dass das Ganze mehr ist, als die Summe seiner Teile – die Maßnahmen ergänzen sich gegenseitig. Dieser Ansatz hat die Jury des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2005 überzeugt. Unter dem Motto: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ wurde Solingen mit dem Integrationspreis (in der Kategorie mittelgroße Städte) ausgezeichnet.

Dr. Martina Schmied, Stadt Wien, Österreich

Integrations- und Diversitätspolitik in der Stadt Wien

Im November 2004 habe ich die Konferenz in

Berlin besucht. Ich hatte erst im Oktober dieses Jahres die Aufgabe übernommen, in der neu gegründeten Magistratsabteilung 17 der Stadt Wien – zuständig für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten – den Bereich „Kinder – Jugend – Schule“ zu leiten. Damals bin ich mit vielen Anregungen und Plänen nach Hause gefahren. Heute – etwas mehr als ein Jahr danach – kann ich Ihnen durchaus mit Stolz bereits von zwei erfolgreichen Projekten im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung berichten.

In meinen Ausführungen möchte ich Ihnen zunächst diese Abteilung und ihre Aufgabenbereiche vorstellen und dann auf die genannten zwei Projekte im Rahmen der Sprachförderung näher eingehen.

Warum eine neue Abteilung in der Kommunalverwaltung?

Lange Zeit stand die Integrationspolitik Wiens im Zeichen des Abbaus von Konflikten, der Entwicklung kommunaler Strategien für Problemfelder sowie der Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung von Ausländer/innen. Nach diesem durchaus erfolgreichen ersten Jahrzehnt war die Integrationspolitik in Wien jedoch mit Veränderungen in den Rahmenbedingungen konfrontiert, die Fragen der künftigen Weiterentwicklung aufwarfen und eine Selbstvergewisserung über den zurückgelegten Weg nahe legten.

Wie für andere europäische Großstädte auch, warten auf Wien neue Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, neue Antworten auf strukturelle Veränderungen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik zu finden. Der demographische Wandel Wiens, der durch einen steten Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gekennzeichnet ist, die Ausdifferenzierung dieses Bevölkerungsteils [in neue Herkunftsgruppen, Pendelmigranten/innen sowie die bereits zweite und dritte Generation der traditionellen Herkunftsgruppen], dazu der zunehmende Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Zugewanderten, die Erweiterung der Europäischen Union und letztlich die Entstehung einer europäischen Dimension in Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Asylrecht sind jene Faktoren, die den Weg der Wiener Integrationspolitik schon in den letzten Jahren beeinflusst haben und dies auf dem Weg ins 21. Jahrhundert noch weiter tun werden.

Im Oktober 2002 begann auf Initiative und unter der Leitung der damaligen Integrationsstadträtin der Entwicklungsprozess „Programm für Diversitätspolitik“. Grundlage dieses Prozesses war die politische Entscheidung, die Wiener Integrationspolitik zu einer Diversitätspolitik weiterzuentwickeln. Mit der

Neuformulierung der Betrachtungsweise fand ein Paradigmenwechsel statt: Integrationspolitik im herkömmlichen Sinn fragt letztlich immer noch: „Was muss getan werden, um ‚ihnen‘ – den Zugewanderten – die Eingliederung in ‚unsere‘ Gesellschaft zu erleichtern?“ Dagegen fragt Diversitätspolitik: „Was muss getan werden, damit in einer durch Migration stark veränderten Stadt die Verwaltung und die lokale Politik selbst den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Bürgerschaft entspricht?“

Am 1. Juli 2004 beschloss der Wiener Gemeinderat eine neue Magistratsabteilung zu gründen – die MA 17 als „Abteilung für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten“. Es war ein Schritt, der weit über Wien hinaus aufhorchen ließ und auf Interesse gestoßen ist. Aufhorchen ließ auch die Begründung, die die neue Integrationsstadträtin Maga Sonja Wehsely für die Gründung der MA 17 nannte: Damit würde Integration „vom Rand ins Zentrum“ geholt und Teil der kommunalen Verwaltung werden. Das langfristige Ziel der Diversitätspolitik der Wiener Stadtverwaltung ist es demnach, ein harmonisches Verhältnis zwischen der zugewanderten und der schon lange in Wien lebenden Bevölkerung im Alltag gelebte Realität werden zu lassen. Diversität ist eine Querschnittsmaterie und wird zum Leitthema für die gesamte Stadtverwaltung, mit dem sich diese in Zukunft intensiv beschäftigen wird. Dabei fungiert die MA 17 als „Brücke“ zwischen NGOs einerseits und Magistrat andererseits und unterstützt mit ihrem Know-how die anderen Magistratsabteilungen bei deren Tätigkeiten.

Aufbau und Struktur der MA 17

Der Aufbau der MA 17 spiegelt die beiden Grunddimensionen der Arbeit und des Aufgabenfeldes wider: Einerseits die Kompetenz in wichtigen Themenfeldern, die den kommunalen Aufgaben (damit konkreten Dienststellen des Magistrats bzw. Fonds oder Unternehmungen der Stadt Wien) gegenüberstehen. Dafür stehen strukturell die „Kernbereiche“, z. B. mein Bereich „Kinder-Jugend-Schule“ umfasst Kinder und Jugendliche vom Vorschulalter bis zum 18. Lebensjahr. Die Arbeitsschwerpunkte dabei sind:

- Intensivierung der Unterstützung für Kinder/Jugendliche (insbesondere: Förderung des Kindergartenbesuchs von Migrantenkinder und ergänzende Sprachunterstützung für Schüler/innen),
- Besondere Einstiegsunterstützung und Begleitung für Kinder/Jugendliche, die neu nach Österreich gekommen sind,
- Entwicklung und Erprobung von Modellen der Elternarbeit.

Andererseits die Kompetenz in der Kenntnis der *communities* und Vereine vor Ort sowie der konkreten Gegebenheiten in Regionen und Bezirken Wiens – das gewährleisten die Regionalstellen. In dem rund 50 Personen umfassenden Team, das je zur Hälfte aus Männern und Frauen besteht, haben fast 2/3 der Mitarbeiter/innen Migrationshintergrund, darunter sind der Großteil Migranten/innen der ersten Generation. Sie kommen aus 14 Ländern und sprechen mehr als 23 Sprachen. Diversität ist also in der MA 17 gelebte Alltagsrealität. Unsere Tätigkeit erstreckt sich von der niederschweligen Beratung vor Ort bis in die zentralen Bereiche der Kommunalverwaltung und Politik.

Warum Diversitätspolitik?

Insgesamt sind heute mindestens 25 % der gesamten Wiener Bevölkerung (1,65 Millionen auf einer Fläche von 414 km²) Zugewanderte mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Ein Anteil an der Gesamtbevölkerung, der nach Herkunft, Dauer der Ansässigkeit, Alter, Bildung und sozialer Stellung immer vielfältiger wird. Bereits 40% der ausländischen Staatsangehörigen stammen nicht mehr aus den – für Österreich – klassischen Herkunftsländern Ex-Jugoslawien und Türkei. Jährlich kommen ca. 800 Jugendliche neu nach Wien, davon sind ca. 500 älter als 15 Jahre und somit nicht mehr schulpflichtig. Jährlich bis zu 700 Jugendliche (davon mind. 2/3 älter als 15 Jahre) kommen neu nach Wien.

Eine wichtige Aufgabe, der wir uns stellen, ist die Niederlassungsbegleitung der neu ankommenden jungen Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt. Gerade jenen Menschen, die ihr zukünftiges Leben in unserer Stadt planen, wollen wir eine gute Starthilfe geben. Wir sind daher im letzten Jahr bemüht gewesen, bevorzugt uns um jene zu kümmern, die noch nicht in der Schule sind oder diese nicht mehr besuchen können. Wir haben in diesem Bereich zwei sehr viel versprechende Projekte gestartet. Das erste Projekt „Frühe Sprachförderung“ findet in Kooperation mit den zuständigen Fachabteilungen statt. Das zweite Projekt „Jugendkurse“ wurde gemeinsam mit zwei NGOs und der Schulbehörde entwickelt und umgesetzt. Dabei gehen wir von einem modularen System aus, das in Zukunft erweiterbar und ausbaufähig ist und einen möglichst individuellen Einstieg im passenden Modul ermöglicht.

Frühe Sprachförderung in Wien

Das Modell „Frühe Sprachförderung“ ist ein Kooperationsprojekt unserer Abteilung gemeinsam mit der für die Wiener Kindergärten zuständigen Magistratsabteilung und dem Wiener Stadtschulrat.

Zielgruppe:

Kinder, die noch keinen Kindergarten besuchen und bei der Schuleinschreibung ein Sprachdefizit aufweisen, werden zu einem Sprachkurs in einem städtischen Kindergarten eingeladen (eigenständiges Kursangebot). Kinder, die bereits einen städtischen oder privaten Kindergarten besuchen werden in ihren Kindergärten intensiv in der Unterrichtssprache Deutsch geschult.

Ziel:

Alle Kinder mit Migrationshintergrund und jene, die in Österreich geboren sind, jedoch über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen, sollen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die erste Klasse Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch ausreichend beherrschen. Dadurch soll erreicht werden, dass alle Kinder vom ersten Schultag an dem Unterricht folgen und so die Lernziele erreichen können. Die Nahtstelle zur Schule soll dadurch optimiert werden.

Pädagogisches Konzept:

Schwerpunkte dabei sind, ausgehend vom Kind und seinen individuellen Bedürfnissen:

- Grundkenntnisse der Sprache zu vermitteln,
- eine Arbeitshaltung des Kindes, vor allem fremd gestellten Aufgaben gegenüber zu entwickeln,
- Regelbewusstsein für das Verhalten in der Gruppe zu schaffen.
- Besonderes Augenmerk soll dabei auf jene Fertigkeiten gelegt werden, die dem Kind dann in der Schule das Erlernen von Rechnen, Schreiben und Lesen erleichtern.

Die Vermittlung dieser Kompetenzen erfolgt ausschließlich über kindergartenadäquate Methoden. Das Spiel und musisch-gestalterische Methoden nehmen hier zentralen Stellenwert ein. Es soll kein Kursmodell oder eine vorzeitige „Verschulung“ entstehen! Die Kursleiterinnen und Kursleiter werden für diese Aufgaben speziell geschult und erhalten praxisorientierte Arbeitsunterlagen. Vor allem den interkulturellen Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Zeitungsfang:

Das Projekt beginnt Ende Februar und läuft bis Ende Juni (im September startet dann das Schuljahr). Insgesamt sind 120 Unterrichtseinheiten dafür vorgesehen, die Kinder sind 2 mal pro Woche drei Stunden im Kindergarten.

Kosten:

Die Teilnahme daran ist freiwillig und bis auf einen Unkostenbeitrag von 10 Euro für Materialien kostenlos. Den Löwenanteil der Kosten übernimmt die Stadt Wien, der Bund fördert jedes Kind mit 80 Euro. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Wir erwarten uns durch diese Maßnahme eine deutliche Steigerung nicht nur der sprachlichen Kompetenzen, sondern eine deutliche Erhöhung der Schulbereitschaft der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse Volksschule.

Modell „Jugendkurse“

Nahezu alle Jugendlichen, die neu nach Wien kommen brauchen Hilfestellungen im Bildungs- und Sozialbereich. Die meisten von ihnen sind bildungsmäßig und sozial benachteiligt und bringen oft nicht nur mangelnde Sprachkenntnisse in Deutsch, sondern auch Defizite in ihrer Schulbildung mit, welche ihre Integrationschancen verringern. In der Regel kommen sie nach dem 15. Lebensjahr nach Österreich und sind somit nicht mehr schulpflichtig. Damit ist ihnen auch der freiwillige Besuch der Pflichtschule verwehrt. In den letzten Jahren ist festzustellen, dass die Zahl der ausländischen Jugendlichen im Vergleich stärker zunimmt, als jene der inländischen Bevölkerung. Es ist daher für den Ballungsraum Wien wichtig und notwendig, diese Jugendlichen durch Qualifizierungsangebote beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gerade für diese Jugendliche haben wir ein spezielles Kursangebot entwickelt, das jetzt bereits seit einem Jahr läuft und große Erfolge verzeichnen kann.

In vielerlei Hinsicht befinden sich diese Kids in einer Zwischenposition:

- Die Migration bringt einen – oft von der Familie bestimmten – Wechsel von Land und Umfeld mit sich.
- Sie entfernen sich vom Herkunftsland und haben noch keinen Zugang zu ihrer neuen Heimat gefunden.
- Sie sollen möglichst rasch und ernsthaft einen Job finden und doch sind sie in der Pubertät, in der sie ganz andere Dinge beschäftigen.
- Sie wollen zwar Deutsch lernen, aber nicht gemeinsam mit Erwachsenen, die womöglich noch ihre Eltern sind.

Innerhalb dieser Zielgruppe sind vor allem Mädchen hinsichtlich ihrer sozialen Stellung (innerfamiliär und soziokulturell bedingt) meist besonders benachteiligt. Die Jugendkurse bieten den Jugendlichen – insbesondere Mädchen – Rahmenbedingungen und Inhalte, die sowohl ihre Gleichstellung (Bildung, Arbeit, Soziales) als auch ihre gesamtgesellschaftliche Integra-

tion fördern soll.

Zielgruppe:

Jugendliche mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis 19 Jahren, die neu nach Wien kommen: über Familienzusammenführung oder als anerkannte Flüchtlinge.

Ziel:

Start- und Niederlassungsbegleitung für Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren:

- Förderung der Integration der Zielgruppe,
- Dokumentation und Bereitstellung von zielgruppenrelevantem Fachwissen.

Angebote:

- Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene
- Dauer: drei Monate, insgesamt 96 Stunden – 72 Einheiten Deutschunterricht
- sowie 24 Einheiten Kreatives Lernen.

Das entspricht auch den Vorgaben des europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Diese Dauer ist für die Jugendlichen überschaubar, das Ziel liegt näher vor Augen und Erfolge sind schneller erlebbar. Die Jugendliche befinden sich somit in einer schulähnlichen Situation, was ihnen offensichtlich sehr entgegenkommt. Ein wichtiges Anliegen ist, dass jeden Monat neue Kurse starten und daher möglichst bald nach der Zuwanderung ein strukturiertes Tagesprogramm angeboten werden kann.

EDV-Kurse:

Jeden Monatsbeginn werden zwei EDV-Kurse (jeweils ein Einsteiger- und ein Fortgeschrittener) für je 9 Teilnehmer/innen gestartet. Die Kursdauer beträgt einen Monat und findet dreimal wöchentlich statt. Um den Fortgeschrittenkurs zu beginnen muss der Jugendliche den Grundkurs absolvieren oder über vergleichbare Kenntnisse verfügen. Das Ziel ist Erweiterung bzw. Vertiefung der erworbenen Fähigkeiten. Alle bisher behandelten Themen werden weitergeführt und Ihre Kenntnisse wesentlich erweitert. Nach diesem Kurs sind die Jugendlichen in der Lage, Texte zu bearbeiten, Tabellen zu erstellen und Präsentationen zu gestalten.

Kreativ-gestalterisches und aktivitätsbezogenes kursbegleitendes Angebot („Kreativeinheiten“):

Hinter diesem etwas „sperrigen“ Titel verbirgt sich das Erfolgsgeheimnis dieser Jugendkurse. Um den ersten Zugang zur deutschen Sprache und der Stadt Wien bzw. zum Land Österreich zu erleichtern, wurde seitens der Kursleiter/innen ein interaktiver und experimenteller Umgang entwickelt. Die Teilnehmer/innen sind nach dem ersten Monat in der

Lage, sich auf Deutsch vorzustellen, zu erzählen, wo sie herkommen etc. Dann geben ihnen gemeinsame Aktivitäten, Diskussionen und Interviews mit anderen oder ein Videofilm über und von österreichischen Jugendlichen gute Einblicke in den österreichischen bzw. deutschsprachigen Kultur- und Zivilisationsraum. Die Inhalte der Kreativseinheiten beziehen sich auf das Curriculum Deutsch als Zweitsprache und bereiten die Themenbereiche aus dem konkreten Sprachunterricht im Deutschkurs auf. Die Themenauswahl wird mit großer Sorgfalt und insbesondere auf die zielgruppenspezifischen Bedürfnisse altersadäquat durchgeführt. Einige der angebotenen Themen sind: persönliche Identität, Schule, Beruf, Arbeit, Medien, Sport, Kultur und Musik.

Sprache besteht nicht nur aus Grammatik, Phonetik und Lexik, sondern hat mehrere kulturelle Aspekte. Viele Jugendliche schließen zwar den Deutschkurs ab, wissen jedoch nicht, was typische Wiener Begriffe bedeuten. Mit der Vermittlung der Hintergründe aus Geschichte und Kultur wird auch der „Geist“ der Sprache besser verstanden. Die Jugendlichen bekommen damit auch eine bessere Orientierung in der ihnen noch neuen Wohn-, Ausbildungs-, Arbeits-, ... Umgebung. Die eigenen Erfahrungen und das eigene Erleben gewinnt damit so an Bedeutung, dass sie in die realen Umwelten integrierbar werden. Das kreativ-gestalterische Angebot findet parallel zum Deutschkurs statt. Dadurch wird der gegenseitige Austausch und die Zusammenarbeit mit den Lehrenden möglich und es kann so auf individuelle Bedürfnisse der Jugendlichen und Notwendigkeiten besser eingegangen werden. In dieser kreativ-gestalterischen Arbeit wird sehr viel Wert auf die Eigeninitiative der Jugendlichen gelegt.

Sie bringen aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen, ihrer unterschiedlichen Muttersprachen und vielen anderen Besonderheiten die erforderlichen Ressourcen mit, um die neue Sprache zu erlernen. Daher ist es unser Ziel, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihre Kreativität für diese Aufgabe nutzbar zu machen. Daher werden die Angebote der Kreativseinheiten ständigen konzeptuell weiterentwickelt. Bei den outdoor-Aktivitäten, wie Besuchen von Jugendeinrichtungen, Ausstellungs-, Bibliotheks-, Kino-, Kaffeehausbesuchen und vielen anderen mehr, sind die Jugendlichen selbst sehr eifrig. Sie führen Interviews, dokumentieren mit Video und Film, schreiben den Straßennamen Bedeutungen zu und tauschen sich mit anderen Jugendlichen aus. Die Aktivitäten sind sehr vielfältig. Das gemeinsame Merkmal ist, dass die Erfahrungen gemeinsam gemacht werden und sich die Realitäten der Wiener Öffentlichkeit, Lebensarten – kurz – des Alltags

in Wien darin widerspiegeln. Aus dem Alltagsleben heraus können neue Notwendigkeiten wahrgenommen und danach in den Unterricht aufgenommen werden.

Da die Jugendlichen in dieser Phase der Neuorientierung neben dem Erwerb von Fähigkeiten auch eine sozialarbeiterische Betreuung benötigen, werden diese Jugendkurse durch folgende Angebote ergänzt:

- Soziales: Clearing, Beratung und Weitervermittlung (Aufenthalt, Arbeit, Bildung, Freizeit, Soziales, Wohnen, Gesundheit etc.); Soziale Begleitung und muttersprachliche Betreuung(von Gruppen und Einzelnen)
- Begegnung in Gruppenaktivitäten: gegenseitiges Kennenlernen, Stärkung der Gruppen, Freizeit/Kulturangebote, Kennenlernen von Wien
- Information: Informationsplattform; Sammlung und Weitergabe von zielgruppenrelevanten Informationen (Infoveranstaltungen, Internetplattform)
- Elternabende

Die Eltern werden von Anfang an in die de facto kostenlosen Kurse eingebunden und regelmäßig über die Lernschritte ihrer Kinder informiert. Zu einer gelungenen gesamtgesellschaftlichen Integration von jungen Menschen gehört somit mehr als nur das Erlernen der Sprache. Einer erfolgreichen Sprachförderung müssen folglich ganzheitliche, vernetzte Strategien zu Grunde liegen. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Elternarbeit, die nicht nur bei diesen beiden Projekten eine wichtige Rolle spielt und die ein zentrales Anliegen unserer Arbeit ist. Gerade in diesem Bereich findet man vor allem in Deutschland sehr viele gute Modelle, die uns Vorbild und Anregung für unsere Bemühungen sein können.

Panel IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen

Chester Morrison, City of Liverpool, UK

Informal education and the participation of young people in Liverpool

Liverpool is situated in the Northwest of England with a long history in multi ethnic co-existence. This self perception is reflected in the strap-line 'The world in one city' which underpinned its successful application to become European City of Culture in 2008. It has also achieved the status of World Heritage site and is also known for the exploits of its successful football teams.

Liverpool has a population of 445K people, which has been falling since the 1930s until recently when a slight increase was recorded. Of its total population 106k is age 11-25 and 40k is in the 13-19 age range. This latter age range is the primary concern of the youth service not just in Liverpool but nationally. Having said that some work is undertaken with young people outside of this age range but is limited by the percentage of youth service resources that can be deployed in that way. The recent development of children's trust or of children and young people's services requires collaboration from different professions and agencies. As this development matures, existing professional boundaries will become less distinctive, enabling a sharper focus on the needs of the child or young person.

Despite the growing re-emergence of Liverpool, it still faces a number of challenges. Unemployment rates are above the national average and significant numbers of young people are engaged in employment without training. In relation to government standards, educational achievements of school leavers have improved annually for the last five years and the trend is likely to continue. Within Liverpool are a number of wards which are among the 10% most deprived areas in the country.

Young people's role in civil society is a major concern both nationally and locally. There is to a degree a schizophrenic relationship between the policy framework and concerns for young people. This creates a situation where young people are seen as angels or demons. Fuelled by the media they are more often dressed as demons rather than angels. Despite an underlying consensus that those who are demons are greatly outnumbered by the angels, few successful measures are taken to shorten the shadow of the demons. As a consequence, the

overwhelming impression we are left with, is the demonisation of young people in our society. The picture I am presenting of Liverpool is one of growth and development but with significant numbers of people, young and old, at its margins, educationally and economically. It is also worth noting, our work with young people is set within a universal approach with the flexibility to take specific measures to address the needs of those who are particularly disadvantaged.

In addressing the theme; Contribution of non-formal education for the employment perspectives of disadvantaged young people, our analysis suggests, to be successful our actions must be placed within a wider context. Outlined above is an indication of that context socially, economically and educationally. The methods we use are rooted in a youth work process which is explained below.

Youth work is essentially a developmental process, which seeks to support young people through their transition into adulthood. One of the key markers on this journey for young people is their increased socio-economic independence. Entry into the labour market, which for the majority of young people is the only viable means to gain their economic independence, requires them to successfully negotiate a number of obstacles. Schooling and educational achievements remain important prerequisites to economic progress. However, at the same time they present barriers for some of our most needy young people. Aligned to this is the concept of self-empowerment, which is an essential component in the youth work process. It is worth emphasising that self-empowerment and economic independence are inextricably linked. A recent survey done by young people on young people in Liverpool identified the issues, which are most important to them. Top of their list was economics followed by friends and families. Incidentally, school came tenth on their list of most important things. Clearly from this survey, significant numbers of young people do not see the importance of education to their desire to achieve economic independence.

Participation

Young people, in particular, those from disadvantaged communities face a range of barriers to their successful participation in civil society. We are of the opinion that the more opportunities young people have to participate in society the better their chance of being successful. To support this proposition the city council has created a number of structures and process to ensure the effective participation of young people in decision-making.

Different Approaches to Participation

In our desire to make quick advances it is difficult to resist the temptation of immediate gains through the transplantation of ideas learnt from elsewhere. Another danger is the creation of structures and processes that are familiar and which mirror those for adults. However, the types of approaches used must be set within a local context and be relevant to the young people. We must also be remembered, participation exists on a continuum from involvement to empowerment. It is therefore a developing process with a number of key principles. These are:

Sharing power

- Power and influence of young people must be real.
- Goals must be achievable.
- System of accountability for under performance must be in place.
- Commitment must be serious and every effort made to deliver goals.
- Inclusive agenda and approaches (jointly and separately).

Process of empowerment

- Recognises and values differences;
- Encourages participation in line with ability and interest;
- Actively identifies barriers faced by young people;
- Provides support based on needs;
- Employs flexible methods;
- Develops young people's ability to overcome barriers;
- Creates understanding of different stakeholders' roles;
- Creates opportunities to manager and focus power.

Embedded into structure and processes

- Integral to structure and embedded in the processes;
- Assured support as part of job descriptions;
- Adaptable to different styles of participation;
- Processes and outcomes frequently evaluated and renewed;
- Organisational must be accountability for successful outcomes;

Arrangements are equal and accountable

- Funded as part of the core budget;
- Sufficient resources to support different types of participation by young people;
- Support to young people available in money and in-kind;
- Resources allocated by young people must

be within an agreed system of financial accountability.

A practical application of the above is demonstrated the role and functions of our *Youth Advisory Groups*:

- Created in consultation with young people;
- Linked to council's formal area committee structure;
- Have resources to allocate;
- Focus on young people within localities of which there are 10;
- It's a loose association of young people;
- Not a formal membership structure;
- Proceedings are fed into council's decision-making processes;
- Financial decisions are technically recommendations to the Area Committee;
- Politicians (2) attend but have no power of veto;
- Have representation on Area Committees;
- No restrictions on the numbers of young people who can attend;
- Part of a many sided participation strategy;
- Minutes of meetings are held by the Council's Secretariat for information, action and tracking;
- Recordings of meetings done either by young people or youth work staff;
- Young People decide main focus of meetings and who to invite;
- Meet prior to area meetings to decide what needs to be brought to the attention of politicians (within a 2 weeks window where possible);
- Encourage participation from marginalised groups;
- Is firmly part of the youth work process.

This mechanism provides young people with the opportunity to participate in service delivery as young workers and volunteers. At every stage they are involved in the informal education process which seeks to respond to their wide ranging needs.

Role of Informal education

One of the advantages of informal education is its ability to work in a focused way on the needs of individuals and groups and its flexibility to deliver in a variety of settings in ways, which are not obstructive.

Informal education is a process which:

- Values learning outside of schools and other formal learning environments;
- Supports skills development and personal growth;

- Creates new opportunities and challenges;
- Raises self-esteem and aids motivation;
- Promotes experiential learning;
- Develops individual potential;
- Promotes understanding of the social and political context;
- Values the individual;
- Uses the individual as the starting point;
- Recognises barriers to group or individual engagement;
- Takes the individual on a journey of discovery.

Methods and approaches

The methods and approaches used must be relevant to the situation with sufficient flexibility to incorporate innovations. One has to constantly ask questions concerning how the activities or programmes contribute to each of the points raised above. If we were to take the first point as an example, a question we need to ask ourselves is 'What evidence is there to demonstrate that informal education and learning is valued by young people and others?'

Informal education needs to reflect the concerns of the society in which it takes place. In Liverpool as elsewhere, we place great emphasis on the acquisition of awards, certificates, degrees and other forms of recognising achievements. It seems logical therefore, that we should find ways of recognising young people's achievement, through their engagement with youth services. In the young people conducted survey mentioned previously, more than 33% of their peers attend a youth club for three years or more. Most first degrees are no longer than that.

An important reason why we need to recognise informal education is the trigger and impetus it sometimes provides for young people to re-engage and take advantage of more formal education opportunities. In general, informal education is delivered to young people who attend voluntarily, some of whom act as volunteers. However, given socially disadvantaged young people's pressing economic concerns, opportunity should also be created to provide them with employment.

Responding to their economic needs is not enough since all such work must also take account of the informal education process. Central to the strategy to employ young people in Liverpool is the notion of peer education. There are three ways in which we centrally employ and support young people as peer educators. As we progress and develop our approaches, new styles will be used to attract even more marginalised groups of young people into service provision.

Youth Engagement Team

- Based young people being employed;
- Developed in consultation with young people;
- Have specific resources to carry out its activities;
- Act as a bridge between the service, its users and potential users;
- Sufficiently independent to organise conferences and seminars demanded by young people;
- Support young people to enhance their levels of participation in the service;
- Have the scope to work on a unit, area or city wide basis;
- Support other collaborations of young people;
- Operate on a peripatetic basis, training and supporting other young people;
- Pursue personal development agenda;
- Not seen as youth workers but as young workers and advocates for young people;
- Represent young people's interest though they are not themselves representatives of young people;
- Are professionally supported by staff;
- Research needs and views of young people;
- Housed in the Youth Service but works across other service areas;
- Form part of a many sided participation strategy;
- Have membership of youth focused committees e.g. Youth Select Committee;
- Have direct access to officers and politicians;
- Act as a channel so that different perspectives of young people are reflected in decisions.

On this programme young people age between 16 and 18 are employed for periods up to two years. It is a programme about to enter its fourth year of operation and those young people who have completed it have moved on to positive career destinations. Their career choices have so far been the police, youth work, media, arts and the navy. All have gone into careers with further training opportunities, which is not a typical experience for their contemporaries who have not had a similar exposure. One striking statistic is the numbers who have gone into youth and community work, although there is no stipulation concerning what career they can pursue. This informal education programme has become a recruiting vehicle for youth and community work locally. Evidently, young people are using youth workers as positive role models and in an era of chronic staff shortage this is most welcomed.

Street-mates

This programme commenced in 2005-06 with a cohort of 47 young people. Those eligible to be employed were also in the age range of 16-18 years old. Mainly they were employed to support children between 8-12 years old during school holidays and to a reduced extent while they were at school. They were employed on fixed term contracts for a year with no flexibility to renew.

The Street-mates programme aimed to:

- Assist children and young people's engagement in locally provided, youth, sports and play programmes;
- Increase access by children and young people in local programmes within communities, thereby promoting inclusion and sustainability;
- Support children at risk of social exclusion into mainstream activities;
- Encourage and develop children and young people's long term interest in sports, arts and culture.

When the programme was evaluated 94% of the participants said they would definitely or possibly recommend the activities to a friend. Only 6% said that they would definitely not recommend it.

For young people who became Street-mates the programme enabled them to:

- Gain an accredited award;
- Receive training and gain valuable work experience;
- Earn money and gain some economic independence

School-mates

This is a similar programme to Street-mates but with a focus on children making the transition from primary to secondary school. It is part of our extending school's programme, which is designed to widen the range of operational activities relating to a school, although not necessarily within its jurisdiction. This programme being an off-shoot of Street-mates has not yet operated for a full period. Consequently, no evaluative information is available currently.

Training

Each programme is underpinned by training, which constitutes the first opportunity that a young people will have to gain an award, since the training is accredited through the Open College Network. The training we provide seeks to build on young people's interest and prior learning, which is the first step in valuing their experience and skills.

Provision of bespoke services for particular groups

Whatever the levels of deprivation in an area some groups will be more disadvantaged than others. An adequate response requires resources to be targeted to meet those specific needs. This can be done either through support to self help organisations or by direct provision. In Liverpool we do both. One example is the development of Vision8, a joint initiative between Liverpool Youth Service and the Connexions Service.

This project created the opportunity for Black People to be recruited to work with Black young people primarily in Liverpool 8. Since there was insufficient numbers of trained Black youth workers in the area the project had to focus on recruiting unqualified workers. This approach had a number of advantages:

- It helped to change the profile of the mainstream delivery staff;
- It provided role models for other members of the community;
- It helped to overcome some of the cultural barriers between young people and local youth workers.

The recruitment process could not anticipate particular educational achievements. Consequently, it was made possible for the recruits to engage in a range of informal education processes to raise their awareness and understanding of youth work. All the recruits are studying youth work at one of the local universities and one of their numbers was recruited from the Youth Engagement Team.

Accredited Programmes

Liverpool Youth Service has become an accredited centre with the Open College Network. This enables it to develop accredited informal education programmes, which reflect the needs and interests of the young people served. Some of the programmes produce are designed to address areas of skills shortages in the economy. Obviously, the emphasis is placed on vocational training and qualification in some instances. However, the opportunity is also there to accredit more cerebral activities.

Since the Open College Network is a national body the standards achieved by young people are transferable. The need to recognise young people's achievement through informal education is a national requirement. There are best value performance indicators, which each service must strive to achieve. The national performance indicators for England are:

- Each local authority should reach at least 25% of its resident 13-19 year olds;
- Of these 15% should become participants;

- 60% of participants should achieve a recorded outcome;
- 30% of participants should achieve and accredited outcome.

There are other indicators but these are not reported on centrally to the government. For those who are unfamiliar with the system it might be worth highlighting the difference between a recorded and an accredited outcome.

Recorded outcome

This is a locally determined standard which acknowledges the achievement of young people. It may be internally moderated but is not subject to any external scrutiny against a required standard. Consequently, recorded outcomes are less transferable and will not necessarily be recognised and valued by another authority.

Accredited outcomes

An accredited outcome may be achieved through a variety of ways, including a number of nationally recognised schemes. These include; The Duke of Edinburgh Award Scheme; Youth Achievement Awards; Junior Sports Leadership and more beside. Additionally, an accredited outcome may be achieved through a locally developed programme being accredited by, for example, the Open College Network. The variety of programmes available provides flexibility and the opportunity to accredit bespoke initiatives.

Role of local authority youth services

The role of the municipal authority in the provision of informal education is very important. Recent changes in social policy have placed the local authority in a central strategic leadership role. A result of this change is its increased role in enabling and commissioning the delivery of services through the utilisation of available expertise within the private, public and not for profit sectors.

Strategically; it influences the breadth of provision available to young people; it ensures equality of opportunity by making sure that provision is geographically, physically and environmentally accessible. Operationally; it delivers services in its own right; commissions and enables service delivery; monitors performance and quality; supports the development of local capacity as appropriate.

José Alfaro, City of Granada, Spain

IMFE's non-formal training actions targeting youth

The Municipal Institute for Training and Employment was created in 1992 for the City Council of Granada, Spain, as a tool to fight against unemployment. So we are a public autonomous body located within the City Council. Our general objective here would be to keep good levels of improvement in every training action related to employment (getting a first job, coming back to the labour market, changing one's job, promoting oneself within the same enterprise...), job hunting guidance (general or specialised when targeting specific groups), promotion of employment (catching up offers, promoting social responsibility in enterprises, safety at labour posts...) enterprises and entrepreneurship support (market analyses, guidance for setting up business, collating and providing useful statistic information...), socio-economical research to support citizenship initiatives and back up our own planning and designing processes) and equal opportunities in all actions (not only gender issues but those related to immigrant realities, people with disabilities, ethnic diversities...). We try to fulfil this general objective in a city of 244.716 citizens that bears an 8% of unemployment rate. So our general target group is the citizenship of Granada, this is to say a very much diverse society with an ever increasing number of immigrants.

Imfe's chart model is also a participative one that counts with all main disciplines and fundamental departments in a planning group. This makes possible that these key cross segment disciplines – gender and equal opportunities, evaluation, research, NICT and transnational cooperation –, are present in all actions. These actions will be implemented by three main fundamental pillars: the training, employment and enterprise departments; all supported by our administrative team and from our centres that are spread all over the city. Time did make change the institution adapting itself therefore to the changes of society. Intervention targeting groups at risk or situation of exclusion demand a territorial strategy with integral action batteries. Thus, Imfe makes itself present all around the city with nine different centres located in different districts. It is outstanding the fact that those bigger and better equipped buildings are in rather deprived areas (as it happens with the Centre of Entrepreneurship located in Zona Norte). Programmes and projects of different history and nature will financially support the already mentioned resources where 148 employees offer services for employment to all the Granada citizenship.

Training actions with youth

Ever since its beginning Imfe set as one priority working with youth especially those unemployed and at risk or in situation of social exclusion. It was actually a continuation of the intervention that the City Council had been achieving along the 80's with training for employment, labour insertion and socio-cultural actions targeting youth needs.

Thus, training actions design for young people between the age of 16 up to the age of 30 keep existing in our city focussing on the improvement of professional skills, abilities and labour competencies making access for employment a real issue for young people. Our main actions in this field are: training of professions highlighting certification; LLL for getting, keeping or changing a post; rather specialised training; e-learning – consolidating our Aula Mentor which is an ALC that offers more than 80 courses from all family professions, this year the Aula Mentor has 580 students.

The unemployment rate among young people has decreased in the past 10 years in the city of Granada. A contribution to this has undoubtedly to do with the FPO courses achieved by Imfe. These special training for employment courses are adapted to the students needs. The FPO courses focuses on high demanded professions, properly certified and well known and reputed at a local and regional level. The students are almost 100% young people. Once they have gone through a learning process pass on to professional guidance, the design of their personal professional itinerary will be fulfilled and job hunting strategies will start taking place at the same time the training goes on. Through our labour intermediation we manage to have posts to offer once they have introduced their data in our DB (Servicio Granadino de Colocación); mentoring for employment more so with special groups like prisoners in III grade, homeless youth..., and again using our network resources not only to make possible labour insertion but to provide with quality; and again the European initiatives very important especially for innovation and experimentation.

In order to give value to entrepreneurship we promote self-employment in schools and high-schools, a very welcomed action that has already had some success by youngsters creating their own businesses up in the North Area of the city; again assessment and mentoring especially in the starting out and settling phases of a business adventure; and finally managing micro-credits. I have to highlight the need of finding out about useful financial tools that support entrepreneurship. We are currently exploring this matter through an Equal based

on Pillar 2 – Equal Tricycle: business on Wheels – which transnational project has as one of its actions to fulfil research on effective financial tools designed for entrepreneurship consolidation.

Non formal and informal training, programmes and projects are developed in the frame of EU Initiatives (RRHH, Integra, Equal), national programmes (Escuelas Taller and Casas de Oficios) as well as regional programmes (Experiencias Mixtas, Orienta, FPO...). One important issue is to make practice work at the same level that theory and with equal standards. Again, non formal training is essential not only for contributing to develop professional skills but also for preventing social exclusion. Extra school support contributes to both social exclusion prevention and domestic balance.

Integral actions are the green line for intervention towards youth. Coordinated actions designed with the participation of youth, and involving agencies of different nature, aim to transmit youngsters the empowerment they need to feel themselves main actors for the sustainable development of their districts. In this way, leisure activities have to be mixed up with pure theoretical ones. Imfe has promoted actions that range from exchanges in 94 with young people from Denmark that came under the motto of shooting a film, to those we are currently involved implying graffiti painting, dramatisation through theatre performances or flamenco music that have already recorded their first – and we hope not last - hits.

Agance de Proximité ADP, is a Leonardo pilot project which main product was a modular methodology for a new professional profile targeting women. This ADP profile consisted of professional buildings general care takers provided with a wide range of skills (from gardening, plumbing, painting to social intervention). So again an example of innovative integrating actions to narrow the existing gap between men and women tackling labour insertion.

It is important to highlight that for Imfe, learning has been (and it is) part of the process of implementing training actions so that the institute exercises it at the same time that tries to transmit the need of it. By implementing one project after the other, taking the evaluation results into the next one, has made our non formal education a well reputed one, valuable thereafter for youth that for whatever reasons find it difficult to match the standards set by a demanding society.

Challenges

The institute has learnt quite a lot in these past

15 years, yet much higher is the mountain to climb up. It is not a mountain though but a dune. Society is an ever-changing paradigm; cities and districts are changing along with it. The more we learn, the more we know we know little, which should be a ever motivating element for being willing to learn. We still have a lot to learn about:

- unifying municipal actions so that the different departments optimise resources.
- consolidating the role of the administration as a neuralgic point to establish networks and working platforms supporting the design of programmes able to implement integral actions.
- finding new ways to guarantee continuity of good actions linked otherwise to the financial dependence of projects.
- carrying out studies of the actual impact of interventions at territorial levels.
- settling of participation as a valid methodology for letting youth construct their present and future.
- learning enough from youth with migrant or disability situations so as to design and implement with them proper actions to satisfy their needs.
- redesigning training for school failing students using non formal and informal education as a mean of preventing exclusion.

Sandra Subota, City of Riga, Latvia

Education, Youth and Sports Department of Riga City Council

At the Republic of Latvia responsibility of local authorities in education is established by the Law on education. As subject of this law each local authority is responsible in its administrative territory to provide the children with possibility to obtain pre-school education and basic education in an institution closest to the child's place of residence, to provide the youth with possibility to obtain general education as well as to ensure hobby education and support extra-curricular activities, and children camps. In order to ensure the children living in its administrative territory the possibility to attend an education institution after free choice, the local authority in accordance with the procedure set by the Cabinet of Ministers concludes contracts and takes part in financing of those local authority education institutions, which attend pupils, living in its territory.

In political level responsibility on children and youth leisure time in Riga city Council is overseen by two committees – Education, youth issues and sports committee and Culture, Art

and Religion committee. On the executive level – Education, Youth and Sports Department of Riga City Council that controls comprehensive schools, hobby education and leisure time centres and institutions and sport schools.

There are different types of activities spending leisure time. Activities could be organised or non-organised. Non-organised activities are different ways of spending time when children use their leisure time in their own fashion – that are both entertaining (clubs, discos and cafes) and educational (visiting theatres, cinema, museums, reading books, etc.). Organised leisure time is when activities for children and youth are purposeful in order to involve and draw in children in different workshops and classes (in culture, sports, science, technical creativity, etc.). Also as a part of organised leisure time activities is hobby education - implementation of person's individual needs to get education depending on age and previous knowledge.

According to statistics 25.213 out of 90.025 school children are involved in hobby education or leisure time centres and institutions. 9379 are attending sport schools. These numbers show that more than one fourth of Riga city children and youth are spending their leisure time in organised activities. Altogether in Riga city 14 different hobby education and leisure time centres and institutions are providing children and youth with different activities to spend their leisure time.

Very popular in Riga are hobby education and leisure time centres and institutions that meet the requirements of children and youth systemised knowledge and skills in different arts, crafts, creativity or sports. These centres and institutions are optional and are coming next to compulsory education as an alternative possibility. Hobby education and leisure time centres and institutions help youth to understand and become acquainted with their own talents and abilities, meet their interests and also maybe sometimes their future profession.

Institutions of interest education:

- Children and youth centres,
- Technical creativity centres,
- Artistic creativity centres,
- Environmental education centre.

If looking on different numbers on children and youth interests in organised leisure time activities. Out of 25 213 children and youth the most popular subjects are in different crafts and arts (21%). Different sport activities come next where about 19% children and youth are involved. The least popular between children and youth are youth work (3%) and environmental

issues (4%). Other different ways of spending their leisure time organised are dance, drama, music, technical creativity, languages and other with quite equal interest levels.

Although different hobby education and leisure time centres and institutions are flourishing, during the last couple of years Education, Youth and Sports Department is developing also free time centres by schools. These centres are developing in order to fight different negative tendencies (gadding, visiting interclub, using alcohol and drugs, etc.) among youth when they don't have a place to stay in their neighbourhood, instead giving them place to spend their free time safe – playing table games, singing, reading books.

Next to organised leisure time education year by year in Riga is developing youth work. The main priorities of it are: establishing a system to support youth initiatives, promoting the participation of young people in decision making processes, activating student self-government.

Also as a popular branch of Education, Youth and Sports Department is the co-ordination of different camps children and youth. The Education, Youth and Sports Department co-ordinates camp function in Riga, it is responsible for camps of subordinate outside of Riga. In 2005 16088 children from Riga educational institutions participated in 430 camps. These camps are organised by children and youth centres, sport schools basic schools and different non-governmental organisations. Altogether 13-14% of Riga city school pupils took part in these camps during the year 2005. But these camps are not just for children and youth leisure time, they also target student that can work and organise these camps to get some money. Especially it is very common that these kinds of camps are organised for children from poor families, social risk group youngsters or handicapped youth. For children who want to earn some money during summertime but in conformity with Labour Law it is allowed to have hired job from the age of 13, we offer special labour camps where they can both work besides different educational events. In our work we are convinced that these camps develop creative and critically thinking personalities for Riga city. In 2005 874 teenagers participated in labour camps. These camps are led by social workers and police officers.

As a great example of children and youth centre we can mention our free time centre "Smaile". The centre is founded from Education, Youth and Sports Department of Riga City Council. The main philosophy of this centre is to prevent youth from destructive free time activities such as drugs, alcohol, smoking

etc. And to offer positive free time activities as sport, cultural and art activities. "Smaile" provides free time activities for children and teenagers for children and young people age of 7-25 and tries to develop social and life skills to help them in the integration process into the wider society. "Smaile" tries to attract new participants in various ways – either by special events organised every September in the neighbourhood or by cooperating with the social pedagogues of regular schools to attract the school's students. Those who are not currently attending schools, or can't be reached in any other way, usually are informed about "Smaile" activities by peers and current participants.

Panel V: Kommunalen Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit

Terje Grytten, Else Marie Stuenæs, Norway

The Oslo Youth Council

Let me begin by introducing us. My colleague here is Terje Bjerke Grytten, director of Oslo Youth Council, and I am Else Marie Stuenæs, project manager of the minority project in Oslo Youth Council. We will give some thoughts on the topic of this panel, but let me start off by giving you some details about our work.

Brief background

Oslo Youth Council is an umbrella organisation for children- and youth organisations in Oslo. We have 53 member organisations including political youth organisations, minority organisations, scouts and religious organisations. Oslo Youth Council arrange meetings and seminars for our members, assist them in their daily work and provide arenas where they can cooperate with each other.

We were contacted by minority youth that needed help to establish their own organisations with activities for children and youth. The all ready existing organisations had little room for youth initiative. In addition the youth felt they had a different cultural background and other values than the previous generations. To provide the help these youngsters needed and to assist our traditional member organisations in their work with recruiting and inclusion of youth with minority backgrounds, Oslo Youth Council asked Oslo City Council for a founding to start the minority project in 2002.

Experience with the topic

The main goal of the minority project is to increase participation among minority youth in traditional youth organisations and assist them in the establishment of their own independent youth organisations. The project include a network group with representatives from both traditional organisations and minority organisations that arranges meeting places for ethnic Norwegians and minorities.

When we started the project, we discovered that there was no research done on why there was a lack of participation from children and youth with minority backgrounds in traditional children and youth organisations. There was practically no policy from the government on the topic and the financial support was at the best scarce. The last years there has been an increased awareness about the issue amongst

politicians. We took initiative to have research done because we believe we get the best result in field when we have data to support the work we do.

The research was done by the Institute of labour and social research (Fafo) and is based on a survey of 3000 15-17 years old students. The results of the study show that minority youth participate less than other youth groups in organised activities, but that around 90 % would like to participate in different types of organisations. The interest is especially high among girls with Pakistani backgrounds. The results also give possible barriers against participation such as economic and cultural recourses and segregated youth cultures.

After the study was completed, Oslo Youth Council held a conference where the researcher presented the results and a girl with Pakistani background commented on the findings. There was a broad media coverage of the study including papers and radio. From our side we are following up on different levels. We have assisted the establishment of an organisation for Pakistani children and youth together with three resourceful youths with Pakistani backgrounds, the network group has used information from the study in their work which resulted in an event where our member organisations presented themselves and their work to youth in Oslo, and we work with organisations in their strategies for raised awareness of cultural differences and intern attitudes inside the organisations and projects of recruiting and involving minority youth. Oslo Youth Council and the member organisations have all benefited from the study. The institute of labour and social research (Fafo) has taken initiative for a new study concerning mechanisms inside the organisations that includes and excludes new members or possible members.

The way ahead for us includes the new study, developing the network group to a recourse group where other organisations can find knowledge, ideas and motivation, new efforts to involve policy makers on both local and national level, and concrete work with our organisations to help them develop their projects and internal documents to enable them to reach our common goal.

What can hinder youth workers to actively use research in their day to day work, and what obstacles are there for youth workers who want to take initiative to getting a study done?

Well, the answer to these questions is that quite a lot can stop youth workers in taking initiative to get a topic studied by researchers. I will make a leap over the obvious answer, which is that sometimes youth workers tend

to think that they already know the answers to a problem or challenge, and therefore there is no need for research. This is, of course, sometimes true, but certainly not always.

Youth workers often do not see research as a possibility, or they are simply not familiar with the research community. We are, if you may, predisposed to find the fastest alternative to solve a problem. We talk to other colleagues and our own network instead of exploring the possibility of getting the latest data on an issue. I know that some youth workers have a theory of talkers vs. doers. They think research is little action and the academic crowd is talkers, whereas they themselves are doers. They see the problem and want to do something about it as fast as possible. From the viewpoint of some researchers youth workers can come across as people with good intentions, but with little factual knowledge. We have made the experience, as doers, that we do a better job when we are listening to the so called talkers, and we think many others would as well.

When we first launched the project you heard about from my colleague, we knew that we had to get some sort of reliable data about what minority youth in Oslo thought about voluntary work, and being active in youth organisations. Prior to this there had not been any form of research done on the matter in question. Our biggest obstacle, by far, was to raise financial backing for a research project. The costs of getting research done are quite substantial in many cases. We actually spend 8 months to get this sorted out. It might not come across as a long time, but I can assure you it felt that way when the rest of our project depended on this research.

Youth workers do not necessarily have university education. Of course, the opposite is the case for researchers. Policy makers also tend to demand, or treat more seriously, a somewhat more advanced language and form. This may well be a significant factor for why some youth workers hesitate to both read research reports, and seldom take initiative to studies themselves. I will make the case that researchers often use words, expressions and language that can be hard for others to fully understand. One has to raise the question of who is the target group of the research being done. Researchers will have to bear this in mind when writing a report. An academic language, so to speak, is quite suitable when addressing fellow scholars, but will not be as effective if the persons at the receiving end are youth or youth workers.

When speaking to colleagues in the voluntary youth field I often hear that they have difficulties using research reports in their every-

day work due to the often general tone in them. Many feel that they do not get enough specific details and recommendations on what actions can be put into play in order to solve challenges that researchers have reviled. I am not sure if this is an easy obstacle to do anything about. Researches are, quite rightly, careful not to speculate when the data are inconclusive, but perhaps it is possible to give a few pointers directly to youth workers outside the formal report or paper, or possibly raise some questions that can lead youth workers on the right track?

I have given you some ideas on what we feel can be challenging about taking initiative to research and why perhaps some youth workers feel they are better off without getting involved in often complicated studies. Let us briefly take a look at what can make this triangle work better in the future, of course, from our point or view. In order to make the information flow between policy makers, youth workers and researchers better, new arenas for this should be developed. Creating such arenas could help researchers to reach a bigger audience. Youth workers would have the chance to have a dialogue with both researchers and policy makers, and an opportunity of getting our opinion across. Yet another outcome of such gatherings could be the creation of informal networks within the triangle.

Youth workers should more actively seek information on the latest data on issues that concern them in their daily work. On the other hand, researchers should make this information more easily available. And by this I mean more available when it comes to language used and getting their findings out beyond the academic circle. I want to stress this point because research is only useful for us in the field once we are aware of it.

It's very important that youth workers make sure to inform policy makers about what happens in the field. Policy makers need this feedback in order to make better policies in the future. If the authorities are to take initiative to research they would also need this info. On the other hand, policy makers should encourage such a dialogue more frequently than is the case today. The local and central government should be prepared to allocate more funding towards research in the youth field in the time to come. We think that this is particularly true when it comes to research on minority youth and their active participation in society. Youth workers should, like we have done, be vigorous in their effort to convince them to do so.

We strongly believe the most significant contribution youth workers could make when it comes to securing more and better research in

our line of work, is to make use of the research being done. If progress is being made, in our example if more youth with a minority background get active in voluntary youth organisations and participation structures, we convince policy makers to secure funding, make better and more efficient policies, and researchers will experience that their work leads to change. This will indeed be a great place to start when looking ahead.

Manfred Zentner, jugendkultur.at – Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung, Österreich

Jugendforschung – Jugendpolitik – Jugendarbeit. Wie kann die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene funktionieren?

Problemaufriss: Grundsätzlich sollte die Inklusion benachteiligter Gruppen ein vorrangiges Thema der Politik sein. Auch die politische Beteiligung der Benachteiligten sollte ein erklärtes Ziel kommunaler Politik sein – ohne jedoch aus den Augen zu verlieren, dass nur durch Partizipation allein, Probleme nicht gelöst werden. Das Zusammenspiel von Forschung, Politik und NGOs ist hilfreich – wenn nicht sogar unumgänglich notwendig –, wenn es um die Ausrichtung von kommunalpolitischen Maßnahmen zur Inklusion benachteiligter Personengruppen geht. Allerdings sind die Rollen und Aufgaben der beteiligten Akteure oftmals nicht von vornherein klar definiert. Die Berücksichtigung der Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung kann zu einer tatsachenbasierten Politik führen, wie sie heute als *state of the art* angesehen und gefordert wird.

Schon bei der Festlegung der Gruppe, die benachteiligt ist, ergeben sich Unklarheiten. Wird eine Gruppe definiert aufgrund eines Wohnorts, aufgrund der Bildung, der Herkunft oder aufgrund anderer Faktoren.

Es ergeben sich daraus zwei Hauptfragen:

1. Wer ist benachteiligt? Wodurch besteht eine Benachteiligung? Wobei ist eine Gruppe benachteiligt? Möchte man diese Benachteiligung aufheben?

2. Von wem geht einerseits der Impuls zur Festlegung und Definition der Benachteiligung aus, und von wem ein Impuls zur Aufhebung derselben? Ist es Ziel der Politik? Folgt die Entscheidung Erkenntnissen der Jugend- und/oder Sozialarbeit? Sind Erkenntnisse der Forschung ausschlaggebend?

Diese Fragen zielen darauf ab, die Definitionsmacht zu klären. Beim Setzen politischer Maßnahmen zur Inklusion benachteiligter Gruppen wird immer eine positive Diskriminierung vorgenommen. Dieser Form der Un-

gleichbehandlung müssen sich die politisch Verantwortlichen bewusst sein, und sie sind gehalten, ihre Entscheidungen zu begründen. Nicht nur aufgrund kurzsichtiger parteipolitischer Überlegungen – Wiederwahl – sondern weil die Maßnahmen auch überprüfbar und evaluierbar sein müssen, vor allem auch um nicht gewünschten systemischen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Nachfolgend sollen Beispiele für mögliche Kooperationen von Jugendarbeit, Jugendforschung und Politik auf kommunaler Ebene aufgezeigt werden. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendforschung auf kommunaler Ebene, bei dem die Politik den Anstoß gegeben hat, stellt die kommunale Jugendpolitik der Stadtgemeinde Dornbirn in Vorarlberg (A) dar. Hier wurde 1992 beschlossen, die Jugendarbeit zu verstärken und bereits vorhandene Aktionen zu bündeln. Eine Zusammenarbeit von Vereinen – verbandlicher Jugendarbeit – und offener Jugendarbeit war das Ziel. Daher wurde ein Jugendrahmenplan erstellt und die einzelnen Empfehlungen und Beschlüsse in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik umgesetzt. Ein Jugendnetzwerk, ein Jugendbeirat, Jugendbeteiligungsprojekte und eine Verstärkung der offenen Jugendarbeit bildeten einige der Punkte, die im Lauf der Zeit etabliert wurden. Im Jahr 2001 wurde die Dornbirner Jugendstudie in Auftrag gegeben, mit der einerseits die bisherigen Maßnahmen evaluiert werden sollten, andererseits aber auch neue Herausforderungen festgestellt und beschrieben werden sollten. Daraufhin wurde eine Adaption der Ausrichtung der von der Stadt geförderten Jugendarbeit eingeleitet.

Ein Ergebnis der Studie war auch das Aufzeigen der vorhandenen Infrastruktur für Jugendliche und damit auch das der Defizite. Eine Folgerung der Untersuchung bestand auch in dem Versuch, verstärkt für arbeitssuchende Jugendliche aktiv zu sein. Das neueste Projekt stellt unter dem Titel „Job Ahoi“ Jugendlichen, die über einen längeren Zeitraum arbeitssuchend waren, die niederschwellige Möglichkeit zur Verfügung, langsam in einen geordneten Arbeitsalltag (wieder) einzusteigen. Das Ziel dieser Idee ist es, einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung persönlicher Lebenssituationen von Jugendlichen in der Region Dornbirn zu leisten. In einer angemieteten Werkstatt restaurieren bzw. renovieren junge Menschen – aktuell ohne offizielle Erwerbstätigkeit – unter handwerklich und sozialpädagogisch kompetenter Begleitung ausgewählte Boote. Das niederschwellige Beschäftigungsprojekt wird ab Beginn im Oktober 2005 laufend evaluiert. Nähere Informationen über die Jugendpoli-

tik in Dornbirn und über das Projekt Job Ahoi sind im Internet unter www.jugendindornbirn.at und www.ojad.at zu finden.

Der Jugendzukunftsplan, der von jugendkultur.at – Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung konzipiert wurde, bietet Gemeinden, die an einer Verbesserung der Angebote für Jugendliche interessiert sind, ein verlässliches Planungsinstrument für die Neugestaltung der Jugendpolitik. Der Jugendzukunftsplan bindet von Anfang an alle Beteiligten in die Konzeption zukünftiger Jugendpolitik ein, indem durch einen gemeinsamen Workshop von Kommunalpolitiker/innen aller Parteien, Jugendarbeiter/innen sowie Vertreter/innen anderer Interessengruppen der Gemeinde zunächst die vorrangigen Themenbereiche der Jugendpolitik in der Gemeinde erfasst werden. Anschließend wird im Rahmen einer repräsentativen Studie der *Status quo* der Jugendarbeit und Jugendpolitik erhoben. Dabei werden sowohl Angebote als auch Defizite der Jugendinfrastruktur in der Gemeinde aufgezeigt, aber auch Wünsche und Bedürfnisse sowie Problemlagen der Jugendlichen vor Ort festgestellt. Die Präsentation der Ergebnisse vor der Gemeinde ermöglicht es, alle Einwohner über die Vorgänge zu informieren und ihnen die Situation der Jugendlichen präsent zu machen. Jugendvertreter/innen, Jugendarbeiter/innen und Jugendliche erarbeiten, basierend auf den Ergebnissen der Ist-Analyse einen Forderungskatalog an die Jugendpolitik, der von den Jugendlichen selbst im Gemeinderat präsentiert wird, wonach gemeinsam mit Kommunalpolitikern ein Jugendzukunftsplan erstellt wird. Erfolgreich wurde dieses Projekt bereits in der Stadtgemeinde Schwechat in Niederösterreich durchgeführt.

Oftmals geht der Impuls für eine Adaption der Jugendpolitik von NGOs aus, wobei jene Gruppen beschrieben werden, für die mehr getan werden müsste, um sie zu integrieren und ihnen gleiche Chancen zu schaffen. Der Nachteil dieses Ansatzes besteht darin, dass eine Vielzahl von Organisationen unterschiedliche Gruppen von Benachteiligten definieren. Es kann sich hierbei um Migrantinnen, Schulabbrecher/innen, Frauen, Minderheiten, Bildungsschwache, körperlich oder geistig Benachteiligte oder auch regional Benachteiligte und andere Gruppierungen handeln. Das Problem, das sich aus der Fülle von verschiedenen Problemgruppen ergibt, besteht in den partikulären Interessen der einzelnen Gruppen und den damit verbundenen möglichen Interessenskonflikten mit anderen Gruppen. NGOs können zwar die Notwendigkeit von Maßnahmen aufzeigen, haben allerdings selten genügend Einfluss, Politik und die gesamte Ge-

sellschaft von ihren Anliegen zu überzeugen. Die Einbeziehung von Forschung ist daher oft zweckmäßig, um „objektive“ Argumente für die Behandlung der Themen zu erlangen. Gibt dagegen die Forschung von sich aus durch eine Beschreibung der Situation den Anstoß zur Behandlung des Problems, fehlen oftmals die Bereitschaft der Politik, Maßnahmen zu setzen, und die Möglichkeit vor Ort durch Vereine aktiv zu werden.

Insgesamt erkennt man, dass die Einbindung der Politik unumgänglich notwendig ist, dass allerdings auch insgesamt eine bessere Zusammenarbeit von Forschung, Politik und Zivilgesellschaft angepeilt werden muss, um mit den Problemen der Benachteiligung erfolgreich umgehen zu können. Bei der erfolgreichen Kooperation der drei Gruppen hat jeder Teil des Dreiecks das Recht – möglicherweise auch die Pflicht – die Behandlung des Themas Inklusion / Exklusion bestimmter Gruppen anzustoßen, und den Austausch mit den anderen Gruppen zu forcieren. NGOs und Politik sollen ihrerseits forschungsleitende Fragen formulieren, während sowohl Politik als auch Vereine dazu angehalten sein sollten, sich in ihrer Arbeit auf Forschungsergebnisse zu stützen.